

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im Voraus 1.80 RM. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gep. Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3gep. Petitezeile 45 R.-Pfg., Dinweise auf Anzeigen und Eingefandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 3. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Fr. Schmidt, Postagentur.

Gleichweit verbreitet in den Ortschaften der Landesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelheim.

Nr. 265

Donnerstag, den 13. November 1930

53. Jahrgang.

Ein Kriegsplan Frankreichs gegen Rußland?

Der auswärtige Ausschuss verlangt eine Deutschrift über die deutschen Reparationsleistungen. Der Grenzausschuss des preussischen Landtags sprach sich für ein Weistillegesetz aus. Der Arbeitgeberverband der Eisenfelder Metallindustrie hat die Auslieferung der Metallarbeiter beschlossen. Am 20. November wird in Mülhausen bei Stuttgart der erste der neuen 60 Kilowatt-Großgrundkraftstationen eröffnet. Anlässlich des Waffenstillstandstages fand in der Genfer Abrüstungskommission eine Totengedenkstunde statt. Das belgische Kabinett ist zurückgetreten. Der französische Militärhaushalt beträgt über 19 Milliarden Franken. In einer Anklageschrift des Moskauer Staatsanwalts Krylenko werden schwere Anschuldigungen gegen die französische Regierung erhoben.

Waldenburg, 12. November 1930.

Der Wahlkampf in Polen hat jetzt, wenige Tage vor der Wahl, seinen Höhepunkt erreicht. Am Sonntag finden die Neuwahlen zum Sejm statt, eine Woche später die Senatswahlen. Beide Körperschaften wurden am 30. August aufgelöst, nachdem wenige Tage vorher die Abgeordneten in maßloser Weise beschimpft worden waren. Unmittelbar nach der Sejmauflösung begann dann ein Kesseltreiben gegen die nunmehr vogelfrei gewordenen Abgeordneten, von denen viele verhaftet wurden.

Ende September erfolgte dann noch ein zweiter Schlag: der obereschlesische Sejm wurde aufgelöst, und die unmittelbare Folge war die Verhaftung Korsanitz. Die Neuwahlen in Oberschlesien finden gleichzeitig mit den Senatswahlen am 23. November statt. Hier in Oberschlesien ist der Wahlkampf womöglich noch struppeloser geführt worden als in anderen Teilen Polens. Ueberhaupt richtete sich der Wahlterror diesmal ganz besonders gegen die Deutschen.

Je näher der Wahltag rückt, um so brutaler wurde dieser Wahlterror. Selbst vor der Durchbrechung des Wahlgeheimnisses will man nicht zurückweichen. Der polnische Hauptwahlkommissar Gijzki hat ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen erlassen, worin er behauptet, daß das Wahlgeheimnis nicht vom Wähler, sondern nur von der Wahlkommission verletzt werden könnte. Die Wahlordnung enthalte kein Verbot für den Wähler, seine Absicht, für irgendeine Liste zu stimmen, im Wahllokal bekanntzugeben; vom Wähler werde nur gefordert, daß er im Wahllokal Ruhe bewahre und keine Agitationsreden halte. Hingegen bedeute es keine Verletzung des Wahlgeheimnisses, wenn der Wähler laut erkläre, daß er seine Stimme für diese oder jene Liste abgebe.

Das Regierungsblatt „Cypresz Poranny“ begrüßt dieses Rundschreiben und bemerkt dazu: Die polnische Presse in Oberschlesien fordere die Wähler auf, den Wahlzettel vor dem Einlegen in den Umschlag den Anwesenden zu zeigen und gleichzeitig zu sagen: „Ich stimme für den Regierungsbloc“. Diese Propaganda für eine offene Abgabe der Wahlstimme werde geführt, um den „korrupten deutschen Machenschaften“ vorzubeugen.

Durch das Rundschreiben des Hauptwahlkommissionars ist diese Propaganda nunmehr ausdrücklich sanktioniert worden. Besonders in kleineren Orten kann natürlich auf diese Weise ein unerhörter Druck auf die Wähler ausgeübt werden. Von einer Wahlfreiheit ist unter diesen Umständen kaum noch die Rede. Und wie die Wahlfreiheit, wird auch die Pressefreiheit mit allen Mitteln unterdrückt. Besonders soll die deutsche Presse mundtot gemacht werden. In dieser Hinsicht ist das Vorgehen gegen das „Pofener Tageblatt“ besonders bezeichnend. Die Druckerei Konkordia in Posen, in der das „Pofener Tageblatt“ hergestellt wird, ist bekanntlich am 1. November wegen angeblicher Verstöße gegen die Gewerbeordnung geschlossen worden. Es Konkordia ist die größte deutsche und die modernste Druckerei in der ganzen Wojewodschaft Posen, die ein- gestellt werden können.

Die Leitung der Konkordia hoffte zunächst, daß der Betrieb nach Abstellung der angeblichen Mängel wieder freigegeben würde, damit die 200 Arbeiter und Angestellten, die nun brotlos sind, wieder Arbeit erhalten. Ein solcher Antrag ist abgelehnt worden. Druckereien, die das „Pofener Tageblatt“ drucken wollten, wurden für diesen Fall Zwangsmaßnahmen angedroht, so daß der Verlag des „Pofener Tageblattes“ in ganz Polen keine Druckerei fand, in der das Blatt hätte hergestellt werden können. Da die Herstellung polnischer Zeitungen in Deutschland nicht erlaubt ist, das Nichterscheinen des „Pofener Tageblattes“ jetzt vor der Sejmwahl aber besonders schädigend von der deutschen Minderheit empfunden werden muß, deren Hauptorgan in Posen das „Pofener Tageblatt“ ist, erscheint das Blatt nunmehr zunächst dreimal in der Woche als Notzeitung und wird in einer Danziger Druckerei gedruckt.

Kriegsplan Poincarés gegen Rußland?

Sensationelle Anklagen des Staatsanwalts Krylenko. Wie sich aus der soeben veröffentlichten Anklageschrift des Staatsanwalts Krylenko ergibt, will man in Moskau einer großangelegten gegenrevolutionären Bewegung auf die Spur gekommen sein, deren Organisation sich „Industriepartei“ nannte. Die Angaben der Anklageschrift, deren Richtigkeit natürlich nicht nachgeprüft werden kann, erscheinen geradezu sensationell, weil nicht mehr und nicht weniger behauptet wird, als daß Poincaré und Briand in Verbindung mit den angeklagten Russen einen Angriffsplan gegen Sowjetrußland vorbereitet haben.

Angeklagt sind Namjin, Kalinnikow, Baritschew, Tschernowoff, Fedotow, Kuprianow, Dschin und Sitin. Den Angeklagten wird vorgeworfen, zunächst Wirtschaftssabotage getrieben und sich zu diesem Zweck mit gegenrevolutionären Organisationen verbunden zu haben. Sie sollen sich dann später von der Unmöglichkeit überzeugt haben, die Sowjetregierung ohne Beistand von außen zu stürzen. Deswegen — so heißt es in der Anklageschrift weiter — traten sie mit einer jenseits der Grenze entstandenen Vereinigung von ins Ausland geflüchteten Volksfeinden (Sprich: ehemaligen Besitzern nationalisierter Betriebe) in Verbindung, die ein sogenanntes „Handels-Industrie-Komitee“ gebildet hatten. Die Angeklagten waren bereits vorher mit einzelnen Mitgliedern dieses Komitees zur Durchführung einzelner Sabotageakte in Verbindung getreten. Sie konzentrierten nunmehr auf Grund einer Vereinbarung mit diesem Komitee ihre Schädlingstätigkeit auf eine

bewaffnete Intervention des Auslandes.

Zu diesem Zweck nahmen sie den finanziellen Beistand des „Handels-Industrie-Komitees“ und ausländischer Staaten in Anspruch. Gleichzeitig traten die Angeklagten auch durch dieses Komitee in verbrecherische Beziehungen mit französischen Regierungskreisen, die sich zur Aufgabe gesetzt hatten, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen. Insbesondere traten sie in Verbindung mit dem ehemaligen Chef der französischen Regierung, Poincaré, und dem Außenminister Briand sowie den drei französischen Generalstabsoffizieren Joinville, Janin und Richard, die nach den Anweisungen der erstgenannten Persönlichkeiten einen militärischen Angriffsplan gegen Sowjetrußland ausarbeiteten.

Dies Verhalten der Angeklagten stellt einen Akt des unmittelbaren Staatsverrats dar. In dem weiteren Verlauf der beabsichtigten verräterischen Tätigkeit konzentrierten die Angeklagten ihre Schädlingstätigkeit auf die Desorganisation des Wirtschaftslebens, um eine Krise in den Hauptindustriezweigen bis zum Jahre 1930 herbeizuführen, d. h. bis zu dem von dem französischen Generalstab für eine militärische Intervention in der Sowjetunion angegebenen Termin.

Die Angeklagten stellten ferner durch Vermittlung der speziell dafür bestimmten Abteilungen A. und B. eine persönliche Verbindung mit dem französischen Generalstab her und führten die Spionageaufträge des französischen Generalstabes aus.

Sie verschafften sich im Auftrage dieses Stabes die notwendigen Geheimangaben hinsichtlich der See-

resmacht und Wehrhaftigkeit der Sowjetunion. Die Angeklagten organisierten auf Vorschlag desselben Generalstabes eine militärische Sondergruppe, deren Aufgabe die Vorbereitung der

Zerückführung der Roten Armee

sein sollte, wobei sogar schon einzelne verräterische Akte seitens einzelner Truppenteile während der betreffenden Intervention in Betracht gezogen wurden. Im Auftrage des französischen Generalstabes bildeten die Angeklagten innerhalb ihrer Organisation eine Störungsgruppe, um die militärische Intervention des Auslandes durch Sprengung öffentlicher Bauten, Kraftstationen und Eisenbahnstrecken der für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken und Betriebe zu unter- stützen.

Drohende Verletzung deutschen Rechts.

Aufruf zu Protestkundgebungen gegen die Annexion Ostafrikas durch England.

Zahlreiche führende Männer des öffentlichen Lebens Deutschlands — so die Präsidenten der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Landwirtschaftsrates, des Reichslandbundes, des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und Führer der Gewerkschaftsbewegung — veröffentlichten folgenden Aufruf:

Durch den Versailler Vertrag ist Deutschland seiner überseeischen Besitzungen beraubt worden. Die deutschen Kolonien sind unter Mandatsverwaltung gestellt worden, welche nach der Völkerbundsatzung von den damit betrauten Mächten als Vormundschaft zu treuen Händen ausgeübt werden soll. Sie haben diese Vormundschaft als Mandatar des Völkerbundes und in seinem Namen zu führen.

Das Mandatsystem ist nun durch das auf die Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische Reich abzielende Vorgehen der englischen Regierung auf das stärkste bedroht. Diese größte und wertvollste deutsche Kolonie ist England als Mandatsgebiet zugeteilt worden. Die englische Regierung hat neuerdings in einem Weißbuch Vorschläge gemacht, die auf eine Verschmelzung des ostafrikanischen Mandatsgebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien Kenia und Uganda hinauslaufen. Ein Ausschuss des englischen Parlaments soll darüber beraten. Auch ist das Weißbuch der Permanenten Mandatskommission in Genf mitgeteilt worden, damit diese Gelegenheit zur Prüfung und Stellungnahme erhält.

Die beabsichtigte Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden englischen Kolonien ist mit der Völkerbundsatzung unvereinbar. Sie würde den ersten Schritt zu einer widerrechtlichen Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das Britische Reich bedeuten. Es handelt sich dabei um ein Land von der doppelten Größe Deutschlands und von außerordentlich günstigen Entwicklungsmöglichkeiten.

Gegen dieses englische Vorgehen muß im deutschen Volk von allen Seiten schärfster Protest erhoben werden, Protest gegen die Verletzung der wenigen Deutschland nach dem Versailler Vertrag und als Mitglied des Völkerbundes zustehenden Rechte, Protest gegen die Vernichtung des Mandatsystems in bezug auf das größte afrikanische Mandatsgebiet, Protest gegen die dem Recht widersprechende tatsächliche Annexion Deutsch-Ostafrikas durch England. Das deutsche Volk muß sich über alle Gegenpflichtigkeiten hinweg in der Verteidigung seines Rechts und des Rechtsgedankens überhaupt zu machtvollen, weithin sichtbaren Protest zusammenfinden.

Die Unterzeichneten, einig in dem Willen, der Bedrohung deutscher Rechte entschieden entgegenzutreten, fordern alle Gruppen und Schichten des deutschen Volkes zur Teilnahme an Kundgebungen auf, die in der nächsten Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands durchgeführt werden sollen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Im Reichstag hielt Dienstag Mittag der Fraktionsvorstand des Zentrums eine Sitzung ab, die der Besprechung der

allgemeinen politischen Lage galt. Die Beratungen erhielten dadurch ein besonderes Gewicht, daß auch Reichstanzler Dr. Brüning daran teilnahm.

Das Reichskabinett trat gestern Abend zu einer Beratung über das Problem der Preiserhöhung zusammen. Die Aussichten auf eine erfolgreiche Arbeit sind sehr gering. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, bei der Verwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft dahin vorstellig zu werden, daß bei Schwertkriegsbeschädigten die gleichen Fahrpreisermäßigungen wieder gewährt werden, die ihnen unmittelbar nach dem Kriege eingeräumt waren.

In Berlin stehen zur Zeit 12,026 Wohnungen leer. Es handelt sich um Wohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln gebaut worden sind. Weite Kreise sind bei der heutigen Wirtschaftslage nicht mehr im Stande, die Mieterdarlehen, die je nach der Größe der Wohnung 700 bis 1700 Mark betragen, zu zahlen.

Der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, weilte in Berlin, um dem Reichsaußenminister über die Lage und die Maßnahmen Bericht zu erstatten. In allen Fragen herrscht vollständige Übereinstimmung. Dr. Koch wird in den nächsten Tagen nach Prag zurückkehren.

Auswärtiger Ausschuss verlangt eine Reparationsdenkschrift. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat in seiner letzten Sitzung den Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, wonach unverzüglich eine Denkschrift über alle bisher vom Deutschen Reich an die früheren Feindbündstaaten durchgeführten Leistungen veröffentlicht werden soll, die als Grundlage zur endgültigen Vereinbarung der Reparationsfrage den Nachweis erbringt, daß das Deutsche Reich schon jetzt weit höhere Opfer für die Liquidation der Kriegsschäden gebracht hat, als ihm nach der geschichtlich feststehenden Widerlegung der dem Versailler Vertrag zugrunde gelegten Behauptung seiner Alleinschuld am Kriege billigerweise zugemutet werden könne.

Zusammenfassung von kleinen Landkreisen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind im preussischen Ministerium des Innern Vorarbeiten im Gange, um im Interesse einer Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung eine Zusammenfassung einer Reihe von kleinen Landkreisen zu größeren und leistungsfähigeren Verwaltungsbezirken zu erzielen.

Oesterreich.

Nach der jetzt vorliegenden genauen Uebersicht über die bei den Nationalratswahlen am Sonntag abgegebenen Stimmen erhielten von den Parteien, die Mandate errungen haben: die Christlich-Sozialen 1306 121, der Schöner-Blod 422 141, der Heimat-Blod 228 229, die Sozialdemokraten 1 509 755. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen betrug 2 128 737, der marxistischen Stimmen 1 529 434 gegen 2 085 772 bzw. 1 555 751 im Jahre 1927. Nach Mitteilung der Verbandswahlbehörde wird aus den Reststimmen des Heimatblods im dritten Wahlkreisverband der jetzige Innenminister Fürst Starhemberg (Oberösterreich) ein Mandat, ein zweites Justizminister Hueber (Salzburg) erhalten. Das einzige Grundmandat des Heimatblods erhielt der Arbeiter der Alpinen Montangeellschaft Bengauer in Donawitz.

Frankreich.

Im „Populaire“, dem Organ der französischen Sozialisten, wird der Beweis geführt, daß sich der französische Militärbudget nicht, wie amtlich angegeben wird, auf 12,232 Millionen Franken, sondern auf 19,019 Millionen Franken beläuft. Das Blatt erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß durch Verschleierung der Rüstungsausgaben sowohl für das Kriegsministerium wie für das Marine-, Luftfahrt- und Kolonialministerium noch ganz erhebliche Beträge in Betracht kämen, die entweder verdeckt unter anderen Haushaltsposten oder in Form von Sonderkrediten geführt würden.

Rußland.

Wie aus Moskau berichtet wird, wurde der stellvertretende Vorsitzende des Volkskommissariats der Sowjetunion und Volkskommissar für Arbeiter- und Bauernaufsicht Dordjonidse zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion ernannt. Der bisherige Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion Kribitschew wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Volkskommissariats der Sowjetunion und zum Vorsitzenden der Staatsplanmission der Sowjetunion ernannt. Krjshanowski ist auf seine Bitte (?) des Postens als Vorsitzender der Staatsplanmission der Sowjetunion entlassen und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsplanmission der Sowjetunion ernannt worden.

Aus dem Ausland.

Waldenburg, 12. November 1930.

Erziehungsfehler.

Ein noch wenig beachteter Fehler in der Erziehung der aber gerade von jenen Eltern, die ihre Kinder besonders lieben und für sie am besorgtesten sind, hauptsächlich gemacht wird, besteht darin, daß diese ihren Kindern von klein auf Interesse für ihre eigenen Neigungen einzufößen suchen, statt diese besonderen Neigungen der Kinder zu ergründen.

Es ist ja auch nichts natürlicher, als daß liebende Eltern das ihren Kindern lieb und wert zu machen wünschen, was ihnen selbst lieb und wert oder in der Kindheit lieb und wert gewesen ist. Dadurch bildet sich den Kindern für viele Dinge und Bestrebungen ein scheinbares Interesse heraus, das lediglich auf der Macht der Gewohnheit beruht und von ihnen und den Eltern fälschlich für Neigung und ererbte Neigung gehalten wird.

Dieser Irrtum kann unter Umständen recht bedenkliche Folgen zeitigen. Entweder bewirkt er große Enttäuschungen der Eltern, die ihre Lieblingsabsichten

durchkreuzt finden, wenn später bei dem Kinde die wirkliche eigene Neigung die anezogene und angewöhnte verdrängt, oder das Kind selbst sieht sich großen Enttäuschungen ausgesetzt, weil es über seine wirklichen Neigungen nicht zur rechten Klarheit gelangt und zwischen diesen und der durch Gewohnheit erworbenen unschlüssig und unbeständig hin- und her schwankt.

Darauf ist in zahlreichen Fällen die Haltlosigkeit und Unbeständigkeit, die viele junge Leute in der Wahl und Ausübung ihres Berufs betätigen, zurückzuführen. Der weiß nicht, was er will, heißt es dann, und auch die Eltern zürnen schließlich dem schwankenden Kinde, obgleich sie daran, ohne es zu wissen, selbst die Schuld tragen.

Verlegung der Beisitzer der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte. Mit dem 31. Dezember 1930 endet die Amtsdauer der bisherigen Beisitzer der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte. Die Beisitzer sind für eine am 1. Januar beginnende dreijährige Amtsdauer neu zu berufen. Die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und öffentlich rechtlichen Körperschaften der Gerichtsbezirke müssen Vorschlagslisten bis zum 24. November an die zuständige Kreishauptmannschaft einreichen.

Sammlungen. Um einem Ueberhandnehmen öffentlicher Sammlungen in den einzelnen Regierungsbezirken vorzubeugen, werden die unterzeichneten Kreishauptmannschaften für ihre Bezirke im Jahre 1931 nur eine beschränkte Anzahl Sammlungen zulassen, die planmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden sollen. Gesuche um Genehmigung öffentlicher Sammlungen, soweit sie über den Bezirk eines Ortes od. einzelner Verwaltungsbehörden sich hinaus erstrecken sollen, sind deshalb Angabe des Veranlassers, des Zweckes und des gewünschten Zeitraumes bei der zuständigen Kreishauptmannschaft bis spätestens 31. Dezember 1930 einzureichen.

Gauvorturnerstunde in Planitz. Die letzte große Veranstaltung der Gauvorturnerschaft des Mulde-Plöße-Gaues außer der Hauptversammlung am 30. November d. J. fand am Sonntag in Planitz statt. Die Gauvorturnerstunde begann für Männer vorm. 10 und für Turnerinnen nachm. 2 Uhr. Ueber 50 Turnvater und Vorturner für Männer- und rund 65 für das Frauenturnen waren der Einladung gefolgt. Lebhaftes Bestreben rief das Fehlen von 16 Vereinen hervor. Gauvorturner Richter leitete mit recht ansprechenden, neuartigen Freiübungen ein, die für das Gebiet des Volksturnens-Kugelstoßens zugeschnitten waren und in ihrer Einfachheit ganz wirkungsvoll körperlich durchbildend den neuzeitlichen Gedanken der Förderung der Gelenke Rechnung trugen. Die folgende Schule des Kugelstoßens aus dem Kreis zeigte Bauch-Leubnitz mit wundervollem Geschick und gab damit für den Winterbetrieb wertvolle Fingerzeige. Für das Kiegenturnen an den Geräten hatten die Vorturner besondere Aufgaben zu erledigen. Goltz, Martin zeigte, wie der Hochsprung als Kiegenturnen in kalten Hallen und Sälen Verwendung findet. In der anschließenden Versammlung wurde der Übungsstoff durchberaten, die Gründung einer Gauriege für die besten Geräteturner beschlossen und für die Hauptversammlung der Gauvorturnerschaft in der Turnhalle der Turngemeinde Werdau geworben. Pünktlich 2 Uhr begann Gftrw. Werner die Übungsstunde für das Frauenturnen. In gewohnter Klarheit und Gründlichkeit zeigte Werner neuzeitliche Formen im Gehen und Laufen und gab recht beachtliche Winke über seine an der Deutschen Turnschule gemachten Erfahrungen. Schulze-Planitz führte Freiübungen einfacher Art mit wirkungsvoller Körperdurcharbeit vor. Ein munteres Geräteturnen, wichtige Keulenübungen, ruhigere, dem Bewegungsverlangen älterer Frauen angepasste Übungen folgten und ein froher Tanz, ein heiteres Spiel beendete die wertvolle, anregende Stunde.

Niederwinkel. Von der hiesigen Gemeindeverwaltung werden wir gebeten mitzuteilen, daß bei dem Schadenfeuer am Sonnabend die II. Kompanie der Freiwilligen Feuerwehr Waldenburg das erste Wasser abgegeben und bei der Bekämpfung des Brandes tatkräftig mitgewirkt hat.

Wollenburg. Am Sonntag Nachmittag fanden einige Laufhaer Burtschen auf dem gräflichen Jagdrevier in der Nähe der Holzmühle ein totes Reh. Sie brachten es zum Schlosse, um es dort abzuliefern. Bei einer näheren Untersuchung stellte es sich heraus, daß das Reh durch einen Streifschuß verletzt worden ist und dann später verendet war. Vermutlich waren hier Wilderer am Werke.

Tauscha bei Penig. Sein goldenes Ehejubiläum konnte am Sonnabend das Ehepaar Emil Zeißler begehen. Beide Ehegatten befinden sich noch in völliger körperlicher und geistiger Frische.

Glauchau. Der bei dem Motorradunglück schwerverletzte Motorradfahrer Wenzel ist seinen Verletzungen ebenfalls erlegen. — Der Gewerbeverein und der Verkehrsverein Glauchau haben sich zum „Gewerbe- und Verkehrsverein Glauchau“ unter Vorsitz des bisherigen Verkehrsvereinsvorsitzenden Herrn Oberlehrer Richter verschmolzen. Die Aufgaben des neuen Vereins legte Herr Greif dar. Diese bestehen in einer Wiederveranstaltung der Glauchauer Woche, Abhaltung eines Anlagensfestes, eines Fensterputzwettbewerbs, eines Falschingsfestes, einer Lichtwoche, eines Festes am Bismarkturm und dem Ausschluß der Wege nach dem Kengelheim. Für eine Wiederaufstellung des „Christbaumes für alle“ und Abhaltung des Adventsingens wurde eingetreten, so daß mit dieser Weihnachtsvorfeste für jung und alt gerechnet werden darf.

Aus dem Sachsenlande.

Aus dem Dresdner Bezirksauschuss

Der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Dresden beschloß, daß der Bezirksverband die Bürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 115 000 RM, das der Gemeinde R e-

berseidlich zum Bau von 30 Wohnungen genehmigt worden ist, übernimmt.

Stadtverordneten-Diäten-Senkung

Wie berichtet wird, will die Vereinigte Bürgerfraktion in Leipzig in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einbringen, der eine sofortige Kürzung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Stadtverordneten und Stadträte um 20 v. H. fordert.

Sturm im Gemeindeparlament

In der letzten Gemeindeverordnetenversammlung in Dberlunowitz kam es zu stürmischen Szenen, als mehrere Kommunisten nicht mehr in den Sitzungssaal hineingelassen werden konnten, da dieser bereits überfüllt war. Die Kommunisten stellten sich vor dem Rathaus auf und sangen die Internationale. In der Sitzung selbst kam es verschiedentlich zwischen den Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Sitzung mußte viermal unterbrochen werden. Nach mehrstündiger Debatte wurde schließlich gegen die Stimmen der Linken und der Nationalsozialisten die Einführung der Bürgersteuer beschlossen.

Schiedspruch für die Metallindustrie abgelehnt

Dresden. Die Große Tarifkommission des Bezirks Sachsen im Deutschen Metallarbeiterverband hat den am 5. November für die sächsische Metallindustrie gefällten Schiedspruch einstimmig abgelehnt.

Um die Gemeindegetränksteuer

Dresden. Der Verband des Gaststättengewerbes von Dresden und Umgebung hat eine ausführliche Denkschrift verfaßt, um die Unhaltbarkeit der Gemeindegetränksteuer darzutun. Es wird darin als ausgeschlossen bezeichnet, daß der Angestellte nach Beschäftigung dem Betriebsinhaber die Steuer genau abliefern könne. Sie würde der Steuerhinterzieherei Tür und Tor öffnen und durch die Verwaltungskosten völlig aufgezehrt werden. Auch die Angestellten lehnten die Einziehung der Steuer ab.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung stand die Gemeindegetränksteuer im Mittelpunkt der Beratungen. Zu dem von den Nationalsozialisten eingebrachten Antrag die Getränkesteuer nur so lange auszuheben, bis der dem Rechtsausschuss überwiesene Antrag auf Nichterhebung sämtlicher von der Gemeindeversammlung beschlossenen Steuern erledigt wäre, betonte Oberbürgermeister Dr. Blüher, daß ein Ausgleich des Etats unbedingt nötig gewesen sei. Da die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen dauernd gestiegen sei, habe man alle Steuern zusammenraffen müssen, die das Reich den Gemeinden gelassen habe. Die Stadtverordneten hätten nicht nur das Recht, Kritik zu üben, sondern auch die Pflicht, im Falle der Ablehnung andere Steuern oder sonst einen Ausweg aus der Finanznot vorzuschlagen. Stadtrat Dr. Redder erklärte, daß er mit einer Abordnung des gesamten Gaststättengewerbes verhandelt habe, die sich auf eine angebliche Umkehrung des Innenministers stütze, wonach bei Undurchführbarkeit der Steuer sie widerrufen werden könnte. Die Bepreisung sei indes ergebnislos verlaufen. Stadtrat Redder wird mit den Angestelltenvertretern verhandeln. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Zusatzantrag gestellt, beim Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß die unter Vorbehalt des Widerrufs erteilte Genehmigung der Gemeindegetränksteuer für Dresden sofort wieder rückgängig gemacht werde. Nach längerer Aussprache wurden sowohl der nationalsozialistische wie auch der sozialdemokratische Zusatzantrag angenommen.

Dresden. Der Dresdner Lehrerverband nahm eine scharfe Erklärung gegen die bekannten Maßnahmen der Reichsregierung an und erklärte, daß die Reichsregierung mit ihren Plänen auch den letzten Rest des Vertrauens bei der Beamtenschaft verwerfe.

Dresden. 700 RM Belohnung. Zur Aufklärung der Raubüberfälle auf der hohen Straße in Dresden sowie in Struppen hat der Oberstaatsanwalt für Ermittlung der Täter je 200 RM, zusammen 400 RM als Belohnung ausgesetzt, deren Verteilung er sich unter Ausschluß des Rechtsweges vorbehält. Außerdem wurden für Ermittlung der Räuber auf der hohen Straße vom Geschädigten noch 300 RM als Belohnung zugesichert.

Wie wir zu dem Stuppener Raubüberfall erfahren, sind nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei die in Ditzsch bei Zittau festgenommenen zwei Personen nicht die Täter; sie wurden am Dienstagabend wieder freigelassen. Dagegen ist es inzwischen der Kriminalpolizei gelungen, die Namen der tatsächlichen Täter festzustellen. Man hofft, sie in kürzester Zeit festnehmen zu können.

Preisientungsaktion in Leipzig

Leipzig. Wie gemeldet wird, hat Oberbürgermeister Dr. Goebel die Vertreter aller wichtigen Zweige des Lebensmittelgewerbes, vor allem der Bäcker, Fleischer, Kartoffel- und Milchhändler, außerdem die Beauftragten der Innungen, der Angestellten, der Beamten und der Gewerkschaften für Donnerstag zu Verhandlungen eingeladen. Der Zweck dieser Besprechungen soll sein, einen Weg ausfindig zu machen, wie das Ziel der Preisientungsaktion auch in Leipzig erreicht werden kann.

Die Leipziger Studenten wollen wieder in die Ufa — Leipzig. Der Allgemeine Studentenausschuss der Universität Leipzig hat in einer Vollversammlung mit 15 Stimmen der Nationalsozialisten, der Korporationen, eines Jungdeutschen und eines Volksparteilers gegen 8 Stimmen der Sozialistischen und der Freien Studenten bei drei Enthaltungen beschlossen, die Wiederaufnahme bei der Deutschen Studentenschaft zu beantragen. Voraussetzung ist hierbei, daß die Deutsche Studentenschaft sich nicht mit dem Standpunkt des Diplom-Ingenieurs Hilgenstod solidarisch erklärt der bekanntlich auf dem Breslauer Studententag eine Bestrafung der Leipziger Studentenschaft für ihre hochschulpolitische Haltung gefordert hat. Ein Antrag auf Befragung der gesamten Studentenschaft in einer Vollversammlung mit folgender Abstimmung wurde mit 13 gegen 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Annaberg. Der Bezirksauschuss beschloß gegen drei Stimmen, daß die Bürgersteuer in den Bezirksamtsorten auf dem Wege der Anweisung überall eingeführt werden soll. Die Getränkesteuer soll erhoben werden, wenn besondere Not vorliegt.

Die Einführung der Bürgersteuer in Waldenburg beschlossen.

Eine Stadtverordnetenversammlung im Zeichen der Finanznot. — Beginn der Straßenverlegung am Callenberger Berg im Frühjahr. Eine freudige Kunde für die Hausbesitzer in Sachen der gezahlten Wasserleitungsanschlußkosten. — Die Getränkesteuer abgelehnt.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung stand wie keine andere zuvor im Zeichen der zunehmenden Finanznot. Immer größer werden die Anforderungen und immer geringer die zur Verfügung stehenden Mittel. Es ist das gleiche Bild, wie es sich auch gestern im Bezirksrat ergab. Der Sitzungsbericht an anderer Stelle unseres Blattes besagt es. Unter diesen Umständen ist es die dringende Pflicht der Verordneten, alle Möglichkeiten der Geldbeschaffung zu erschöpfen. Doch sind diese sehr gering. So mußte man auf die Bürgersteuer zurückgreifen, deren Einführung auch der Bezirksrat dringend empfiehlt, da nur dann weitere Hilfe vom Staat in Aussicht steht. Es war sehr richtig gesagt, daß es eine „leere Demonstration“ sei, wolle man die Steuer jetzt ablehnen und sich der Verantwortung entziehen, wo man genau weiß, daß die vorgelegte Behörde die Steuer zwangsläufig einführen wird. Da der Ertrag in die Wohlfahrtskasse fließt, an die in nächster Zeit über große Anforderungen gestellt werden, mußte man der Einführung notgedrungen zustimmen.

Erfreulich ist es, daß das Straßenbauprojekt am Callenberger Berg nun endlich Aussicht auf Verwirklichung hat; bereits im nächsten Frühjahr soll der erste Bauabschnitt in Angriff genommen werden. Für einen großen Teil der hiesigen Arbeitslosen steht also willkommene Beschäftigung in Aussicht. Vorauszusehen war, daß die Darlehnsaufnahmen für Notstandsarbeiten bei der fortschreitenden Verschuldung der Stadt keine Zustimmung gefunden haben und es wird auch sehr fraglich sein, ob sich die Gemeindefinanz als letzte entscheidende Instanz einen anderen Entschluß als Kredit- und Bezirksauschuß zu eigen machen wird. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung ist es sehr bedauerlich.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, nach der die Stadt kein Recht hatte, die Materialkosten für Abänderung bestehender Wasserleitungsanschlüsse den Hausbesitzern aufzulegen, wird die Hausbesitzer mit Freude erfüllen, die seinerzeit bei der Leitungseulegung vor allem in der Altenburger Straße zu den Kosten herangezogen wurden. Die Stadt hat nun diese Beträge zurückzuerhalten, muß aber dazu eine Anleihe aufnehmen, da Mittel hierfür nicht vorhanden sind. Das Wasserleitungsorsgesetz wurde entsprechend geändert.

Die Getränkesteuer, die überall viel Erregung verursacht, wo sie eingeführt wurde, lehnte man einstimmig ab.

Sitzungsbericht.

Kurz nach 1/7 Uhr eröffnete Herr Stadtverordnetenvorsteher Prof. Singer die Beratungen. Die Beschlußfähigkeit wurde festgestellt. Am Ratstisch nahmen der Herr Bürgermeister Dr. Bulling, Herr stellvertretender Bürgermeister Stadtrat Weiske und Herr Stadtrat Vogel an der Sitzung teil. 14 Stadtverordnete waren anwesend. Der Zuhörerraum war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung stark besetzt.

Zur Straßenverlegung am Callenberger Berg kam durch den Stv.-Vorst. eine ministerielle Zuschrift zur Vorlage, in der die neue Straßenführung genau vorgeschlagen war. Darnach soll die Straße auf der Callenberger Höhe kurz nachdem der Wald begonnen, hat rechts nach dem Hellmannsgrund zu abbiegen, in möglichem Bogen herumgeführt werden, unterhalb der Wilhelmshöhe in die bisherige Straße wieder einbiegen, sich weiter hinüberziehen und in Richtung auf den Dammweg am Sauteich weitergeführt werden. Sie soll dann nach dem Parkeingang zu, dabei ein Stück von Hermanns Grundstück abschneidend, in die neue Brücke einmünden, die unterhalb des jetzigen Brüdchenhäuschens errichtet werden soll.

Zu diesem Plan lagen verschiedene Einsprüche vor, in denen u. a. vorgeschlagen wurde, die neue Straße durch das Stangensteigergelände zu führen, um dies baulich zu erschließen. Einer Aenderung des ministeriellen Vorschlags stimmte man aber nicht zu, um die Angelegenheit nicht noch einmal zu verzögern, da es dringend notwendig ist, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Wie Herr Bürgermeister Dr. Bulling mitteilte, hat der technische Leiter der Angelegenheit im Ministerium versichert, daß die erste Trasse bereits im nächsten Frühjahr in Bau genommen wird. Nachdem noch die Stv. Leichmann und Bauch im gleichen Sinne zu dem Plan Stellung genommen hatten, wurde einstimmig beschlossen, dem vorgelegten Plan zuzustimmen und dafür zu sorgen, daß die Arbeit so bald wie möglich in Angriff genommen wird.

Die Darlehen für die Notstandsarbeiten in Höhe von 60,000 RM und 31,200 RM zum Straßenausbau und zur Anlage eines neuen Straßenstückes zur Erschließung von Siedlungsgelände sind erneut abgelehnt worden. In der Ablehnung des Kreditausschusses Sächsischer Gemeinden wird gesagt, daß die Stadt schon 1929 den hohen Fehlbetrag von 47,068 RM im Haushalt zum Teil durch Darlehnsaufnahme gedeckt habe. Im Rechnungsjahr 1930 sei wieder mit einem neuen Fehlbetrag in Höhe von 46,730 RM zu rechnen, der durch Erhöhung der Realsteuerveranschlagung nicht gedeckt werden kann und wieder durch Darlehnsaufnahme beseitigt werden muß. In Anbetracht dieser hohen Belastung wurden gegen die neue Darlehnsaufnahme schwere Bedenken erhoben. Wie schon bekannt, hat auch der Bezirksauschuß die Darlehnsaufnahme nicht genehmigt, da die Stadt keine genügenden Einnahmen hat, um Zinsen und Tilgung aufzubringen, auch für 1931 wieder mit einem erhöhten Fehlbetrag zu rechnen hat, der selbst bei Ausschöpfung aller Steuermöglichkeiten nicht zu beseitigen ist.

Rat und Rechnungsausschuß haben beschlossen, die Gemeindefinanz gegen diesen Beschluß anzurufen. In der Aussprache wandte sich Herr Stv. Bauch gegen die Bevormundung durch die Oberbehörde, da die Stadt selbst doch besser wissen müsse, was zu tun sei. Herr Bürgermeister Dr. Bulling stellte mit Bedauern fest, daß von der Selbstverwaltung der Gemeinden recht wenig übrig geblieben sei.

Man beschloß dann gleich dem Rat, die Entscheidung der Gemeindefinanz zu übertragen.

Eine Darlehnsaufnahme für das Wasserwerk der Stadt stand dann zur Beratung. Als Rest aus dem strengen Winter vor 2 Jahren war vom Vorjahr noch ein Fehlbetrag von 7434 RM zu übernehmen, der nur auf dem Anleiheweg zu beseitigen ist. Weiter hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, daß das Ortsgesetz in der bisherigen Fassung nach der bei Reparaturen von Anschlußleitungen der Hauswirt die Materialkosten zu tragen hat, abgeändert werden muß, da diese Kosten die Stadt zu tragen hat. Die eingezogenen Gelder in Höhe von 4807 RM müssen wieder zurückgezahlt werden. Außerdem ist die Beschaffung einer Reservepumpe für die Wasserpumpstation nach dem Hochbehälter dringend notwendig. Vorgelesen ist eine Pumpe mit Motor und automatischer Steuerung. Das erste eingegangene Angebot sieht dafür Kosten in Höhe von 6308,75 RM vor, sodas also 18,549,92 RM beschafft werden müßten. Dazu kommen noch die Kosten für Legen eines Rabels zum Hochbehälter für die Einrichtung der automatischen Steuerung einschließlich der Meldeleitung, die etwa 3500 RM betragen sollen. Es wurde vorgeschlagen, eine Anleihe von 20,000 RM für diesen Zweck aufzunehmen. Dafür sind jährlich 2000 RM für Zinsen und Tilgung in den ordentlichen Etat einzustellen. Man hofft ohne Erhöhung des Wasserzinses auszukommen. In der Aussprache kam die dringende Notwendigkeit der Beschaffung einer Reservepumpe zum Ausdruck. Man trat dann dem Ratsbeschluß zur Beschaffung des Darlehns einstimmig bei.

Eine Bürgerschaftsübernahme für den Verein für naturgemäße Lebens- und Seilweise lag ferner zur Beschlußfassung vor. Es ist eine Bürgerschaft für ein Darlehen von 2000 RM, das der Verein aus der Fürstlichen Sparkasse erhält, zu übernehmen. Es wurden keine Bedenken erhoben und die Übernahme einstimmig angenommen.

Bestimmte Haushaltplannachbewilligungen kamen weiter zur Vorlage und Beschlußfassung. Der Wohlfahrtsauschuß kommt infolge der Arbeitslosigkeit nicht mit der eingesehten Summe von 4900 RM aus, die übrigens schon verbraucht sind, und schlägt eine Erhöhung auf 11,000 RM vor. Der Notwendigkeit der Erhöhung verschloß man sich nicht und stimmte einstimmig zu.

Das Kapitel Wege- und Verkehrsarbeiten wurde einstimmig auf 300 RM erhöht, da nach Reichsvorschrift alle Verkehrszeichen bis zum 31. Dezember erneuert werden müssen und außerdem verschiedene Wünsche über Anbringung von Verkehrszeichen Berücksichtigung finden sollen.

Die Neufassung des Wasserleitungsorsgesetzes war sodann im Zusammenhang mit der bereits mitgeteilten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vorzunehmen. Der § 6 wurde dahin abgeändert, daß die durch die Unterhaltung, Ausbesserung oder Veränderung der Anschlußleitungen entstehenden Materialkosten die Stadt zu tragen hat. Bei Neuananschließen kann die Erstattung der Kosten verlangt werden. Geändert wurde noch der Abschnitt, der die Unterhaltungspflicht der Anschlußleitungen regelt. Um die Sache einheitlich zu ordnen, — in der Altstadt bestand bisher die Unterhaltungspflicht bis 1/2 Meter hinter der Grundmauer, — sollte danach die Sache einheitlich fürs ganze Stadtgebiet geregelt werden. In der Aussprache erhob man Bedenken dagegen, da dies zu Schadenersatzansprüchen führen kann. Für die vorgeschlagene verschiedene Regelung konnte man sich auch nicht erwärmen, sodas man dem Antrag des Herrn Stv. Häuser zustimmte, die Angelegenheit zur Klärung der Rechtslage noch einmal an den betr. Ausschuß zu verweisen.

Der Anschluß an die Landesbauparkasse wurde sodann empfohlen. Herr Bürgermeister Dr. Bulling referierte hierzu. Er teilte mit, daß die vorhandenen Hypotheken in Höhe von 73,000 RM und 1200 RM Aufwertungshypothek sehr hoch verzinst werden müssen, die Landesbauparkasse aber die Möglichkeit gibt, diese Gelder im Wege des Bauparvertrages mit der Zeit abzustoßen. Auch hat man den Vorteil niedriger Verzinsung und baldiger Auslösung. Er schlug vor, zur Abstützung der Aufwertungshypothek einen Bauparvertrag mit kürzestem Tarif abzuschließen. Nach kurzer Aussprache beschloß man 1000 RM sofort auf 6 Jahre abzuschließen und den Abschluß von 73,000 RM auf 25 Jahre im nächsten Etatjahr vorzunehmen.

Die Steuererlässe kamen nun als letzter Punkt der Tagesordnung zur Beratung. Der Neuregelung der Hundesteuer stimmte man zu. Darnach wird der Begriff eines Wachhundes abgelehnt, da es oft nicht feststellbar ist, daß es sich auch um einen Wachhund handelt. Die Steuer wird einheitlich auf 15 RM für jeden Hund festgesetzt, jeder zweite Hund kostet 50 RM, jeder dritte und weitere Hund 100 RM. Zughunde kosten durchgängig 15 RM.

Die vorgeschlagene Katzensteuer wurde abgelehnt, da die Einhebung mit Schwierigkeiten verbunden ist. Katzen seien für manche Haushaltungen dringend notwendig. Zum Vogelgeschuß wurde die Einführung eines sogenannten Katzenvorhemdchens in der Vogelbrutzeit empfohlen.

Auch die Getränkesteuer wurde einstimmig abgelehnt, da die Bestimmungen sehr unverständlich wären und die Verein-

nahmung deshalb nicht so leicht sei. Auch Herr Stv. Kau wandte sich dagegen, daß immer wieder der Verbrauch des einfachen Mannes besteuert werde.

Die Einführung der Bürgersteuer gab dann Anlaß zu lebhaftem Meinungswechsel. Bei der Bürgersteuer handelt es sich um eine zweimalige Abgabe, die am 10. Januar und am 10. März 1931 abzuführen ist, der Wohlfahrtskasse zufließt und bei Einkommen bis zu 6000 RM 6 RM, die Ehefrau die Hälfte, zusammen 9 RM beträgt. Höhere Einkommen sind entsprechend höher gestaffelt bis zu 10000 RM bei 100,000 RM Einkommen. Herr Stv. Sonntag (Kom.) lehnte die Steuer ab, da seine Partei grundsätzlich gegen alle in der Notverordnung vorgeschlagenen Steuern sei. Herr Stv. Häuser bezeichnete es als eine leere Demonstration, wenn man die Steuer, die gewiß niemandem sympathisch sei, ablehne. Man habe gerade heute wieder für den Wohlfahrtsrat 6000 RM nachbewilligt, von der Dedung sei nicht gesprochen worden. Wo die Zinsen für die Darlehen herkommen sollen, ist auch nicht erörtert worden. Da ist es nötig, so schwer es auch wird, die Steuermöglichkeiten ins Auge zu fassen, die sowieso von der Gemeindefinanz aus der Stadt aufgelegt werden würden. Die Bürgersteuer sei die einzige Einnahmequelle, um die Gelder für die Erwerbslosen zu schaffen. Herr Stv. Baldauf bedauerte es, daß die Steuer vollständig jedes soziale Moment vermissen läßt. Doch sei es ein Notgesetz, gegen das man wenig ausrichten könne. Wenn einerseits die Lasten da sind, müsse andererseits auch für die Dedung gesorgt werden. Die ganzen Steuern der Notverordnung seien als Fluch der bösen Tat eine Folge der Erfüllungspolitik, die die Vertreter der Linken im Reichstag mit bewilligt hätten. Es wäre recht und billig, daß eigentlich die Leute die Steuer zu zahlen hätten, die seinerzeit das Volksbegehren gegen die Tribulanten nicht mit unterschrieben haben. Mit der Antwort des Herrn Stv. Bauch kam die Aussprache weiter ins politische Fahrwasser, indem er sagte, daß gerade die Parteien, die erst den Youngplan abgelehnt haben, jetzt im Reichstagsauschuß zugestimmt hätten. Wird die Steuer diktiert, könne man nichts machen, vorläufig lehne er sie ab. Bei der Abstimmung wurde dann die Bürgersteuer gegen 6 Stimmen der Linken angenommen.

Der öffentlichen Sitzung schlossen sich 1/8 Uhr nichtöffentliche Beratungen an.

Aus dem Sachsenlande.

Freital. In der Glasfabrik Siemens in Döhle waren zwei Arbeiter mit dem Reinigen eines Gaskanals beschäftigt. Als sie nach längerer Zeit nicht wieder erschienen waren, stiegen ihnen drei Arbeiter nach. Da auch diese nicht wieder zum Vorschein kamen, brachten man den Verunglückten, die durch Gase betäubt waren, Hilfe und holte sie schließlich unter großen Schwierigkeiten ans Tageslicht. Zwei von ihnen, der Maurerpolier Bala nka und der Maurer Lippold waren bereits tot. Die drei anderen wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Mord und Selbstmord eines Polizeihauptwachmeisters. Rittersgrün. Der Polizeihauptwachmeister Haas erschoss in seiner Wohnung mit seinem Dienstrevolver seine Frau und verletzte sich durch einen Schuß in die Schläfe tödlich. Haas verstarb kurze Zeit darauf. Man nimmt an, daß Haas, der 35 Jahre alt und seit einigen Wochen krank ist, die Tat in einem Anfall von Schwermut ausgeführt hat. Eine Vernehmung im Amt liegt, wie von der Gemeindeverwaltung mitgeteilt wird, nicht vor.

Obercunnersdorf. Auf dem hiesigen Bahnhof kam der Schmied Reinhold Stempel aus Weichensee beim Aufspringen auf einen bereits in Fahrt befindlichen Zug zu Fall und geriet unter die Räder. Ihm wurden beide Beine abgefahren. Stempel starb bald darauf.

Aus den Nachbarstaaten.

Altenburg. Der Einzelrichter des Amtsgerichts verurteilte gestern Dienstag Vormittag das Urteil gegen den Lehrer Kurt Thieme in Flemmingen, den Pfarrer Julius Leutheuser ebendort und den Pfarrer Siegfried Kessler in Niederwiera. Alle drei Angeklagten wurden freigesprochen. In dem Urteil werden nach Darstellung der Vorgänge als Gründe angeführt, daß es in der Hauptverhandlung nicht festzustellen sei, ob die fragliche Äußerung gefallen ist oder nicht. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Pfarrer Leutheuser einen solchen oder ähnlichen Ausspruch, wie er von Mäder behauptet wurde, getan hat, denn sonst hätte diese Angelegenheit schon 1929 vielen Staub aufgewirbelt. Für den Angeklagten spricht auch, daß Lehrer i. M. Mäder in der Ehrenhainer Versammlung dieses Jahr erneut dieselbe Frage wie in Langenleuba-Niederbain gerichtet hat. Selbst wenn die Äußerung wirklich gefallen wäre, so war sie nicht ernst zu nehmen, da sie dann in der Erregung und Berärgerung des Augenblicks gefallen wäre. Auf jeden Fall war Lehrer Mäder nicht berechtigt, im Thüringer Landtage und in der „Dübühinger Volkszeitung“ eine solche Behauptung aufzustellen. Diese Äußerung sei eine schwere Verletzung der Ehre des Pfarrers Leutheuser, und insofern handelten die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als sie die Versammlung durch das angeblich beleidigende Flugblatt einberiefen. Auch fallen im politischen Kampfe des öfteren Worte, an die man gewohnt sei und über die man eben hinweggehe. Aus allen diesen Gründen waren die Angeklagten freizusprechen. Zur Urteilsverkündung waren heute Vormittag alle drei Angeklagten erschienen. Für den Ankläger bedeutet dieses Urteil eine schwere Niederlage.

Magdeburg kommt zur Reichsbahndirektion Halle
 Magdeburg. Wie ein hiesiges Blatt aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben will, hat die Reichsbahnverwaltung eine Aenderung der Aufteilung des Direktionsbezirktes Magdeburg infolgedessen beschlossen, als Magdeburg mit seiner engeren Umgebung nicht der Direktion Hannover, sondern dem Direktionsbezirk Halle unterstellt werden soll. Nach den ursprünglichen Plänen sollte der Einfluß der Direktion Halle nur bis Schönebeck gehen, während die Stadt Magdeburg sowie die Altmark der Direktion Hannover zugeteilt werden sollten.

Jena. Selbstmord des Gattenmörders. Der frühere Privatförster und Waldprodukthändler Emil Zeller, der seine Frau hinterrücks erschossen hatte, hat seinem Leben ein Ende gemacht; er wurde am Ausgang der Stadt hinter einer Scheune erschossen aufgefunden.

Eisleben. Zu einer blutigen Tragödie kam es hier zwischen einem Liebespaar. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung gab der 21 Jahre alte Arbeiter Walter Staub auf seine 20jährige Freundin einen Schuß ab, durch den diese verletzt wurde. Der junge Mann erklärte bei seiner Vernehmung, daß er die Absicht hatte, seine Freundin zu erschießen und daß er mit voller Ueberzeugung gehandelt habe. Seine Freundin soll ihm Eifersuchtszweifel gemacht haben.

Folgen politischer Verhetzung.

Die Folgen der politischen Verhetzung der Kinder und Jugendlichen machen sich in unsern Schulen, insbesondere auch in den Berufsschulen in immer deutlicherer Weise bemerkbar. So berichtete eine Berliner Tageszeitung von erheblichen Schwierigkeiten in einer Berliner Berufsschule, in der Schüler, verstärkt durch Erwachsene aus einem in der Nähe liegenden kommunistischen Parteilokal, randalierten, so daß das Ueberfallkommando herbeigerufen werden mußte. Und sie sah das „Hauptübel“ in den „maßlos hegenden Schülerzeitungen der radikalen Parteien“.

Die genannte (linksstehende) Zeitung hat mit dieser Feststellung zweifellos recht. Es ist unglaublich, was in derartigen Schülerzeitungen unter der „Verantwortlichkeit“ eines immunen Abgeordneten an Beleidigungen der Lehrerschaft, an Lügen und Verdrehungen geleistet wird, wie hier die Jugend in gewissenloser Weise für Parteizwecke ausgebeutet, wie sie in Konflikte mit der Schulordnung

hineingetrieben wird, in denen sie unterliegen muß. Aber das ist wohl gerade, was man will, um Unzufriedenheit, Schulhaß und Staatshaß zu erzeugen.

Aber es muß auch mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß es nicht allein die heftigen „Schülerzeitungen“ sind, die die Jugend zum Widerstand gegen die Schulordnung aufreizen, denn jene werden von dem größten Teil der Jugendlichen nicht mehr ernst genommen. Auch die ernstzunehmende und von den Schülern ernst genommene Presse trägt daran nicht geringe Schuld. Mit Vorliebe werden „Fälle“, die sich bei näherem Zusehen als harmlos oder ordnungsmäßig erledigt herausstellen, aufgegriffen und ohne weitere Prüfung als „Sensationsmeldung“ verbreitet. Scharfe und voreilige Kritik setzt Schule und Lehrer mit Vorliebe ins Unrecht; und wenn nach wenigen Tagen auch eine Nichtigstellung erfolgen muß, so hat die erste Meldung doch ihre verheerende Wirkung getan. So brachte die erwähnte Zeitung kurze Zeit vorher einen Artikel, in dem aus Anlaß eines bedauerlichen Unglücksfalles ein Lehrer, der damit auch nicht das geringste zu tun hatte, aufs schmerzliche angegriffen wurde. Wenn die Zeitung auch ihr nachträgliches Bedauern aussprach, so ist doch die Schädigung der Schuldisziplin geblieben. Es ist daher durchaus erfreulich, daß in der Presse jetzt selbst auf die Schädigungen hingewiesen wird, die durch unsachliche oder gar heftige Presseäußerungen entstehen; und man wird die Erwartung hegen dürfen, daß die ernstzunehmende Presse, deren Beruf, Mißstände an öffentlichen Einrichtungen scharf zu kritisieren, nicht in Zweifel gezogen werden soll, in ihren Äußerungen die notwendige Vorsicht walten lassen wird. Keinesfalls sollte die Rücksicht auf den radikaleren Nachbar, dem die Jugend zustimmen könnte, eine Zeitung veranlassen, eine Meldung früher zu bringen, als bis sie auf ihre Richtigkeit geprüft ist. Dringender zu wünschen ist, daß die Ueberzeugung Gemeingut werde, daß es Verfindigung am Kinde und am Jugendlichen ist, ihn durch gewissenlose Heße am ruhigen Reifen zu hindern.

Telegramme.

Berlin, 12. November. Wegen des tätlichen Angriffs auf den Polizeipräsidenten z. D. Jörgiebel in einer Verhandlung der Strafkammer des Landgerichts hatte sich vor dem Schnellgericht der 21jährige arbeitslose Schneider Hermann Ernst Heidrich wegen Beleidigung, Körperverletzung und Bedrohung zu verantworten. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis.

Berlin, 12. November. Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats verabschiedeten die Beratungen der Etats der Postverwaltung und des Reichsarbeitsministeriums. Für Mittwoch ist die zweite Lesung der Steuervorlagen angefahrt.

Kiel, 12. November. Der Kieler Physiker Dr. Alexander Behm feierte seinen 50. Geburtstag. Dr. Behm, der aus diesem Anlaß von seiner Vaterstadt Sternberg in Mecklenburg-Schwerin zum Ehrenbürger ernannt worden ist, wurde bekannt durch die Entdeckung des Scholotes, zu der er im Jahre 1912 durch die Titanic-Katastrophe angeregt wurde.

Kempen b. Krefeld, 12. November. Ein Oberlandjägermeister hielt auf der Straße St. Hubert-Kempen zwei verdächtige Burschen an und forderte von ihnen die Papiere. Darauf zog der eine von ihnen einen Revolver und feuerte. Die Kugel traf den Beamten in den Mund und trat hinter dem rechten Ohr wieder heraus. Die Burschen flüchteten und setzten sich im Hofe eines Gutes fest. Polizeibeamten und Gutsnachbarn gelang es, sie festzunehmen. Es handelt sich um zwei langgesuchte Schwerverbrecher. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß von ihnen auch der Ueberfall auf den Krefelder Nachtwächter verübt worden ist, der in der Nacht zum 8. d. M. von Unbekannten erschossen wurde. Der Oberlandjägermeister wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

London, 12. November. Die Arbeitslosigkeit in England ist wieder gestiegen. Am 3. November wurden 2,263,000 Arbeitslose gezählt, das sind über 25,000 mehr als in der Woche zuvor.

Kirchliche Nachrichten.

Saugenbüschdorf-Falken. Freitag abend 8 Uhr 2. und letzte Herbstwochenkommunion. Von 1/8 Uhr an Anmeldung zur Beichte in der Sakristei erbeten.

Witterungsbericht.

Waldenburg, 12. November. Mittags 12 Uhr + 5 Grad C., morgens 8 Uhr + 4 Grad C., tiefste Nachttemperatur + 4 Grad C. Feuchtigkeitsgehalt der Luft 70 Prozent. Barometerstand 769 mm Windrichtung Nordwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden 1. mm. Witterungsaussicht: Abnehmende Bewölkung.

... und es erspart
 Zeit und Arbeit:
OZONIL
 das moderne
 Waschmittel

Auf
Einlagen-Gelder
 zeitgemäße
Zinsen
 je nach Kündigung
 gewährt
 Vereinsbank zu Colditz
 Filiale Waldenburg i. Sa.

Gegen Röte der Hände
 und des Gesichts sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße, fettfreie **Cremer Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wundervoll kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Make-up ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem lauchlich gesüßten Frühlingstrauch von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berückelnden Wohlgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. Preis der Tube 60 Pf. und 1 M. Birklam unterstützt durch Leodor-Deodor-Seife, 60 Pf. das Stück. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

FranzGoth Haus zu kaufen gesucht.
 Waldenburg am Markt
 Musikinstr.-Spezialgeschäft
 Elektrola-Apparate
 Elektrola-Platten.
 an die Exp. d. Bl. 5646
 4 Stück H. Bäuferschweine,
 gute Fresser, verkauft
 Große, Niederwinkel.

Fürstliche Sparkasse Schloss Waldenburg gegr. 1819.
 Annahme von Spareinlagen. Hohe Verzinsung. Kostenloser Scheck- u. Ueberweisungsverkehr.

3 billige Huttage
 von heute Donnerstag bis Sonnabend.
 Moderne Damenhüte für den Winter
 zu stark reduzierten Preisen

1.- RM	1.50 RM	2.95 RM	3.95 RM
--------	---------	---------	---------

und in höheren Preislagen.
 Große Auswahl. Für jeden Geschmack.
 Johanne Brecht, Waldenburg, Altenburger Str. 49.

Kirmes im Bieratal, Niederwiera.
 Sonntag, den 16. November, von Nachm. 4 Uhr an
*** Großer Festball. ***
 Montag, den 17. November, der bekannte
• feine Jugendbauernball •
 Empfehle Kaffee und hausbackenen Kuchen, ff. Schöpfendraten, sowie alle anderen Speisen und Getränke in bekannter Güte.
 Es ladet freundlichst ein **Walter Bachmann.**

O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort!
 Jerem. 22/29.
 Heute Donnerstag, d. 13. Nov., abends 8 Uhr im Fremdenhof Goldener Löwe, Waldenburg/Wart
Bibelstunde
 durch Herrn Evangelist Joh. Volkath, Chemnitz über das Thema:
„Die unveränderliche Liebe Gottes.“
 — Jedermann herzlich willkommen. —

Kirmesfeier 1930
 im Konzert- und Ballhaus Rieghaners Gasthof, Langenleuba-Nbh. Inh. Eugen Knötter.

Sonntag, den 16. November, ab 3 Uhr
*** Großer Festball. ***
 — Musi: Städt. Orchester. —
 Kirmesmontag, den 17. November
Großes Kirmeskonzert
 vom Städt. Orchester.
 Leitung: Herr Musikdirektor A. Weide.
 Mittwoch, den 19. Nov. (Bußtag)
Großer Film-Abend.
 Dienstag, den 25. November
Das große Extra-Konzert.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Tochter
Elsa
 bitten wir, für das in so reichem Maße dargebrachte Beileid hierdurch unsern herzlichsten Dank entgegenzunehmen zu wollen.
 Altwaldenburg, am Begräbnistage
 3. November 1930.
 Die tieftrauernde Familie Otto Rüger,

Harmonie.
 Postauto 1. Auto ab Sieben Linden 7⁰⁰, Teichgasse 7⁰⁰, Markt 7⁰⁰ Uhr.
 am 12. 11. 30; 2. Auto ab Markt 7⁰⁰ Uhr.

Am Freitag, den 14. November, findet in Waldenburg-N. im Gasthof zur „Weintraube“ in der Zeit von 10 bis 7 Uhr eine Ausstellung der bestbekanntesten und billigen
schlesischen Bettfedern
 statt. Die Federn sind doppelt gereinigt, staub- und kalkfrei und daher aus erster Hand ganz besonders billig.
Max Winkler,
 Kreuzburg O./Schlesien.

Sie bekommen Ihre Garderobe tabellos
chemisch gereinigt, gefärbt u. gebügelt.
 Annahme bei **Paula Jilgen,** Altenburger Str. 30.

Familiennachrichten aus anderen Blättern.
 Vermählt: Rechtsanwalt Hermann Edinger in Leipzig mit Ilse Lindner in Glauchau.
 Gestorben: Alfred Wunderlich in Glauchau, 47 J. — Helene Knoppe geb. Berger in Glauchau, 49 J. — Ernst Robert Baud in Meerane, 78 J. — Albine Rost geb. Sonntag in Meerane, 83 J. — Theodor Kurich in Mittelschöna, 78 J.

Selbstgemachte Eierndeln
 nur aus feinsten Auszugsmehlen, wöchentl. 2-3 mal frisch garantiert ungefärbt.
 Bäckerei **Max Schmidt,** — Tel. 304. —

Konzertina-Verein.
 heute Donnerstag, den 13. november, Abends 8 Uhr
Versammlung in der Weintraube. D. B.

Garderobemarken in Blocks hält stets vorrätig
Buchdruckerei E. Kästner.
 Hierzu eine Beilage.

Bezirkstag in Glauchau.

Die katastrophale Lage wird immer bedenklicher. — Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen.

Gab schon die letzte Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Glauchau ein Spiegelbild der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich neben vielen anderen sächsischen Bezirksverbänden auch der Bezirksverband Glauchau befindet, so ließ der 107. Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Glauchau, der gestern im „Eindenhof“ zu Glauchau zusammengetreten war, diese Lage in ihren Einzelheiten und besonderen Erscheinungen noch deutlicher erkennen. Es geht fast keine Sitzung des Bezirkstages seit den letzten Jahren vorüber, ohne daß sich seine Abgeordneten nicht mit der Notlage der immer mehr zunehmenden Erwerbslosen befassen, es geht keine Sitzung vorüber, ohne daß man nicht verzweifelt nach Wegen sucht, für die Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Amtshauptmann Freiherr von Weld verfehlt auch nicht, bei geeigneter Gelegenheit nachdrücklich auf diesen Zustand hinzuweisen und in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß nicht nur der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Glauchau, dessen Wohlergehen uns am nächsten liegt, mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, sondern daß auch die benachbarten Bezirksverbände sich in derselben Lage befinden und sich hilfesuchend an die maßgebenden Stellen gewandt haben, ohne daß ihnen von dieser Seite aus irgendwie geholfen worden wäre. Aus alledem und aus der sich bei den einzelnen Punkten ergebenden Aussprache ging hervor, daß die Bezirksverbände vor einer schier unaufklärbaren Aufgabe stehen, wenn die Entwicklung sich in der Weise fortsetzt, wie es im Laufe des letzten Jahres der Fall war.

die Bezirksverwaltung eine Erhöhung der Bezirksumlage um 80,000 Mark vor und zwar mit Wirkung vom 1. Dezember. Im übrigen, so wird in der Vorlage ausdrücklich betont, bleibt dem Bezirksverband nichts anderes übrig, als unter Bezugnahme auf diese Darlegungen dem Ministerium des Innern seine Lage zu schildern und um eine außerordentliche Hilfe der Regierung zur weiteren Durchführung der Fürsorge dringend zu bitten.

Amtshauptmann Freiherr von Weld gibt noch anschließend einige Ergänzungen zur Vorlage. Er weist u. a. darauf hin, daß nach dem Stande der Bezirksliste vom 1. November dieses Jahres die Ausgaben sich gegenüber dem vorjährigen Stand um diese Zeit erheblich erhöht, die Einnahmen sich vermindert haben. Die neue Biersteuer habe zwar Mehreinnahmen in Aussicht gestellt. Die Bürgersteuer, über die gegenwärtig in den Gemeindeparlamenten lebhaft verhandelt werde, sei nicht zwangsläufig, werde aber von der Regierung den Gemeinden angelegentlich empfohlen. Es werde sehr darauf ankommen, wie der Bezirkstag sich zur Einhebung der Bürgersteuer stelle. In vielen Gemeinden sei sie bereits angenommen, im allgemeinen sehe man ihrer Einführung jedoch einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Meist hätten dabei politische Gründe mitgespielt. Diese politischen Gründe könnten aber für die Bezirksverwaltung nicht in Frage kommen. Aber der Gesichtspunkt der Kommunalwirtschaft dürfe bei der Erledigung dieses Punktes nicht übergangen werden. Die Bürgersteuer sei die Steuer, die uns in erster Linie durch die Notverordnung angeboten sei. Wenn man sie nicht benutze, könne man auch nicht klagen und die Regierung um Hilfsmaßnahmen bitten. Wenn der Bezirksverband überzeugt sei, daß er den vollen Mehraufwand dieser Jahre nicht tragen könne, und sich um Hilfsmaßnahmen an die Regierung wenden wolle, dann müsse er vor die Regierung treten und sagen: Unsere Bezirksgemeinden werden die Bürgersteuer einführen, soweit sie eine Erhöhung der Einnahmen bringt. Es kommt natürlich darauf an, ob diese Einführung der Bürgersteuer freiwillig oder durch Beschluß der Aufsichtsbehörde erfolgt. Deshalb legen wir die Einführung der Bürgersteuer bei allen Gemeinden voraus. Erst dann sind wir in der Lage, schon heute von uns aus eine mäßige Erhöhung der Bezirksumlage zu beschließen, also eine Erhöhung um 80,000 Mark, d. h. monatlich um 20,000 Mark. Wenn wir das getan haben, dann haben wir alles getan, was man von uns billigerweise fordern kann.

Auf Vorschlag von Bez.-Abg. Bürgermeister Paß (bürg.) Hofenstein werden die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben im ersten Halbjahr und die Ausbringung des Mehraufwandes in der Fürsorge getrennt behandelt. Auf dessen Wunsch kommt dann der Amtshauptmann auch noch ausführlich auf die gegenwärtige finanzielle Lage des Bezirks zu sprechen. Der Bezirksverband habe Anfang des Jahres weitere große Mehraufwendungen machen müssen. Die allgemeine Fürsorge und die Krisenfürsorge seien gedeckt durch Kredite bei der Stadtbank Glauchau. Das sei in mäßigem Umfange eine Art, sich fortzuhelfen, wenn es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handle. Man stehe aber vor der Frage: Wie helfen wir uns weiter? Verschiedene Bezirksverbände haben langfristige Darlehen aufgenommen, aber ohne Erfolg. Deshalb habe ich Ihnen den Weg vorgeschlagen, sich an die Regierung zu wenden. Ob eine Abordnung nach Dresden, wie Abg. Dr. Paß sich geäußert hatte, zwecklos ist, ist fraglich. Selbstverständlich liegt die Quelle aller Lasten, die wir zu tragen haben, beim Reich. Wir wollen uns jedoch klar darüber sein, daß die Notlage ganz allgemein ist bei den Bezirksverbänden. Was Sie hier hören, zu den Vertretern der Presse gewandt, sind die Beschwerden von Männern, die seit Monaten die Klagen ihrer Einwohner hören und ihre Not mit eigenen Augen gesehen haben, die auch in ihrer Eigenschaft als Gemeindeverordnete sehen, wie sich die Finanzlage der Gemeinden immer mehr dem Punkte nähert, an dem es nicht mehr weiter geht. Alles das kann in dem einen Satz zusammengefaßt werden:

Die Bezirksverbände sind am Ende ihrer Kräfte, der eine Verband vielleicht etwas später als der andere. Wir sind ein Bezirksverband, der in Konferenzen mit der Regierung unausgesetzt tätig ist, um die Not zu lindern. Wir dürfen nun nicht sagen: Wir wollen das dem Vorstand des Verbandes der Bezirksverbände überlassen. Wir müssen uns selber rühren. Was der Verband in seiner Gesamtheit tut, muß auch in diesem Falle von den einzelnen Mitgliedern nachdrücklich verfolgt werden. Es ist unbedingt notwendig, daß wir selbst unsere Not zum Ausdruck bringen. Es gab eine Zeit, wo es bei uns noch bei weitem nicht so ernst aussah. Das war im Frühjahr 1930.

Da der Bezirkstag sich der von den Vertretern der verschiedenen Fraktionen vertretenen Ansicht nicht verschließen kann, stimmte er der Erhöhung der Umlage in der vorgesehene Höhe zu. Außerdem soll sich der Bezirksverband mit anderen Bezirksverbänden in Verbindung setzen, um gemeinsam bei der Regierung vorstellig zu werden. Als Mitglieder der Abordnung, die für den Bezirksverband Glauchau in Frage käme, werden die Abgg. Espenhain und Dr. Wibraneß gewählt. Die SPD. verzichtet auf einen Vertreter, da sie sich von dieser Aktion nach einem Beispiel des Vorjahres garnichts verpricht.

Zu dem Punkt Ausbringung des Mehraufwandes der Fürsorge hatte die Bezirksverwaltung den Vorschlag gemacht, die Richtsätze zu erhöhen und zwar deshalb, weil die Sätze des Bezirksverbandes Glauchau, nach dem in anderen Bezirken nach und nach Erhöhungen eingetreten sind, gegenwärtig unter dem Durchschnitt stehen. Die SPD. stellte durch ihren Abg. Stude den Antrag auf erhebliche Erweiterung der Bezirksvorlage, mit genereller Einführung der Winterbeihilfe, die SPD. wollte als Winterbeihilfe für Erwerbslose, insbesondere Ausgesteuerte 50,000 M. bewilligt haben. Nachdem der Amtshauptmann die Vorlage der Bezirksverwaltung eingehend erläutert hat und auch in der Aussprache reichlich über die vorliegenden Anträge debattiert worden ist, zieht sich die bürgerliche Fraktion zur Beratung zurück, da sie sich weder den Vorschlag der Bezirksverwaltung noch die beiden Anträge der SPD. und SPD. zu eigen machen kann. Vorlage der Bezirksverwaltung, Antrag der SPD. und der SPD. werden abgelehnt und der Antrag der bürgerlichen Fraktion angenommen, der besagt:

Es können die ausgesteuerten Erwerbslosen nach den jetzigen Richtsätzen der gehobenen Fürsorge unterstützt werden. Es ist die bisherige Nichtanrechnung der Rentenerhöhungen beizubehalten. Diese Regelung gilt zunächst bis zum 31. 3. 31.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Bezirksverband möge alle Angestellten, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, in den Ruhestand versetzen, wird dem Bezirksausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Der Bezirkstag nimmt schließlich noch Kenntnis von dem Bericht des Abg. Bürgermeister Scheunemann über die Untersuchungen des Krankenhausausschusses und von dem Bericht des Amtshauptmanns über die Verhandlungen mit der sächsischen Knappschaft über die Bereitstellung eines Darlehens in Höhe von 400,000 M. zum Erweiterungsbau des Bezirkskrankenhauses.

Neue Lohnkonflikte

Berlin, 12. November.

Der Engere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich aus dem Vorstand und den Bezirksleitern zusammensetzt, nahm gestern in einer den ganzen Tag dauernden Sitzung Stellung zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie. Der Verbandsvorsitzende Brandes betonte als Auffassung des Vorstandes, daß der Schiedsspruch alle Erwartungen gewaltig enttäuscht und ein Gefühl der Empörung ausgelöst habe. Die Entscheidung der Schlichterkammer sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Auch die Begründung sei durchaus unbefriedigend. Gegenüber dem Hinweis darauf, daß der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden solle, sei die Stellung des Verbandes unbeirrbar die gleiche geblieben, daß gegen jeden Lohnabbau, zumal wenn er auch das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtere, jeder nur mögliche Widerstand geleistet werde. Daß es der Verbandsleitung mit dieser Auffassung ernst sei, beweise der inzwischen erfolgte Ausstand der Metallarbeiter in Bielefeld. Diese Auffassung des Vorstandes wurde in den Beratungen des Beirats unterstrichen, wobei die Enttäuschung darüber zum Ausdruck kam, daß ein solcher Schiedsspruch mit der Stimme des Professors Einzheimer zustandekam, der vom Metallarbeiterverband für dieses Schiedsgericht benannt war. Heute tritt der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes zusammen.

Duisburg, 12. November.

Die Verhandlungen der Rheinischschiffahrt (Arbeitsgebergene) mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehaltsstarfs sind gestern endgültig gescheitert. Die Rheinischschiffahrtbetriebe wollen nun versuchen, durch eine unmittelbare Verständigung mit ihrem Personal zu einer Senkung der Löhne zu gelangen. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet worden.

Nordhorn, 12. November.

In den gestern unter Vorsitz des Schlichters von Westfalen geführten Verhandlungen im Lohnstreit in der Textilindustrie einigten sich die Parteien dahin, in einigen Tagen die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es befinden sich circa 5000 Textilarbeiter im Streik.

Einleitung einer Notstandsaktion.

Dahle für Frankfurt a. D. und Schlesien?

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beriet Anträge über Hilfsmaßnahmen gegen die Unwetterschäden in den Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Brandenburg und Grenzmark.

Abg. Mezenthin (DVP.) legte in Zusammenfassung der Anträge ein Hilfsaktionsprogramm vor, nach dem unverzüglich

Mittel zur Wiederherstellung

von zerstörten oder beschädigten Hochwasserschuttbauten (Deichen usw.) sowie von Gebäuden zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Vorschläge des Berichterstatters Mezenthin wurden mit Ergänzungen angenommen. U. a. sollen an Stelle von Hochwasserkrediten

in Notfällen Beihilfen gewährt

werden, bzw. soll für die durch das Hochwasser wiederholt geschädigten Siedler die Rente für das Jahr 1930 aus Staatsmitteln gezahlt werden. Bei der Notstandsaktion sollen zuerst die geschädigten Arbeiter und die Arbeitslosen des Bezirks beschäftigt werden. Auch für die Sturmschäden in den Privatforsten sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Angenommen wurde des weiteren der Antrag, daß auf die Reichsregierung eingewirkt werden soll, daß der Regierungsbezirk Frankfurt a. D. Dör und die

Rammerrat Wille-Waldenburg eröffnet den Bezirkstag Vormittags 11 Uhr und stellt dabei fest, daß alle Abgeordnete erschienen sind. Bei der Stellungnahme wegen der Zusammenlegung bezw. Anerkennung des Verteilungsausschusses für Wohnungsbaumittel, Reg.-Rat Dr. Haupt berichtet kurz darüber, stellt Bez.-Abg. Pfefferkorn-Franken den Antrag, daß der Verteilungsausschuß neu gewählt werde mit der Begründung, daß die kleinen Gemeinden des Bezirk bei den Verteilungen für Wohnungsbaumittel bis jetzt sehr schlecht abgeschnitten hätten. Bez.-Abg. Espenhain-Reinholdshain erklärt sich gegen den Antrag Pfefferkorn. Man könne zwar über die Notwendigkeit der Zugehörigkeit des Rammerrat Wille in dem Verteilungsausschuß im Zweifel sein, weil er in Waldenburg, also in einer größeren Gemeinde wohne, es sei aber dabei darauf hinzuweisen, daß Rammerrat Wille gerade von den kleinen Gemeinden als Abgeordneter aufgestellt sei. Er bitte deshalb, den Antrag zurückzunehmen. Abg. Kraus-Hohenstein beantragt, den Ausschuß zu erweitern. Bez.-Abg. Pfefferkorn-Franken ergänzt seine Ausführungen dahingehend, daß der Bezirksausschuß die Wahl vornehmen möge. Bez.-Abg. Dr. Wibraneß-Lichtenstein lehnt in dem Antrag Pfefferkorn keinen Vorteil, fügt aber den Wunsch hinzu, daß dem Bezirksverband ein Statut vorgelegt werde über die Zusammenlegung des Ausschusses beim nächsten Bezirkstag. Schließlich wurde dem Antrag Espenhain zugestimmt, nach dem der Bezirksausschuß ermächtigt wird, sofort die Wahl vorzunehmen. Es bleibt dann dem Bezirkstag überlassen, die Wahl zu befähigen.

Ohne Aussprache wird je zwei Bezirksgrenzenveränderungen in der Nähe von Meerane zugestimmt, ferner der Uebernahme der von den Bezirksgemeinden an den Sächsischen Landesunfallversicherungsverband in Dresden zu zahlenden Umlage auf den Bezirksverband.

Es folgt dann die Wahl der Vertrauensmänner zu den Ausschüssen für die Wahl der Schöffen und Geschworenen für 1931. Es treten dabei folgende Veränderungen ein: für den Amtsgerichtsbezirk Hohenstein-E. statt des Stadtrats Curt Zwingenberger-Hohenstein-Er. der Kaufmann Louis Harzer. Da man sich auf die Wahl der Vertreter für den Amtsgerichtsbezirk Lichtenstein und Waldenburg nicht in der Aussprache einigen konnte, wurde nach der Verhältniswahl abgestimmt, so daß sich für Waldenburg dann folgendes Ergebnis herausstellte:

Amtsgerichtsbezirk Waldenburg:

1. Bürgermeister Dr. Bulling, Waldenburg,
2. Bürgermeister Trentmann, Gähnsitz,
3. Bürgermeister Vogel, Callenberg,
4. Bürgermeister Rau, Falken,
5. Fabrikant Klämig, Waldenburg,
6. Stadtrat Schauer, Waldenburg,
7. Handwerksfaktor Emil Gerber, Callenberg.

Der Bezirkstag beschäftigte sich dann mit der vorläufigen Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben im ersten Halbjahr 1. 4. bis 30. 9. 30. Die Vorlage der Bezirksverwaltung bemerkt dazu, daß schon im Frühjahr bei der Aufstellung des Haushaltsplanes kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß sie durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe des Rechnungsjahres überholt werden würde. In der Tat ergibt ein Zwischenabschluß nach dem Stande vom 30. September einen erheblichen Steuerausfall und auf der anderen Seite einen sehr starken Aufwand in der öffentlichen Fürsorge. Die Bezirksumlage müßte auf 405,000 Mark erhöht werden, wollte der Bezirksverband aus eigenen Mitteln decken. Da der Bezirksverband für das laufende Rechnungsjahr aus der Biersteuer keinen Mehretrag zu erwarten haben wird, rechnet er mit der Einführung der Bürgersteuer in den Gemeinden. Nur unter dieser letzten Voraussetzung schlägt

Provinz Schlesien sofort in die Dittsche einbezogen werden.

Die Not der Vertriebenen.

Beschlüsse des Grenzausschusses des Preussischen Landtags.

Der Grenzausschuß des Preussischen Landtags beriet am Dienstag weitere Maßnahmen für die Grenzgebiete. Annahme fand zunächst ein deutschnationaler Antrag, wonach das Staatsministerium ersucht wird, zu prüfen, und mit der Reichsregierung in eine Fühlungnahme darüber einzutreten, ob im Rahmen des Ostprogramms nicht Mittel auszuwerfen werden können, um den durch Vertreibung aus den abgetretenen Gebieten wurzellos gewordenen Deutschen durch Gewährung billiger Kredite und nötigenfalls durch Darunterstützungen die Wiedererlangung einer wirtschaftlichen Existenz zu erleichtern.

Nach einem vom Ausschuss angenommenen Ergänzungsantrag soll ferner geprüft werden, ob es sich empfiehlt, in die Richtlinien für die Verteilung von Betriebserhaltungskrediten eine Bestimmung aufzunehmen, wonach den Betriebsinhabern die Auflage gemacht werden soll, keine ausländischen Wanderarbeiter zu beschäftigen, vielmehr vorzugsweise verdrängte Deutsche einzustellen.

Annahme fand ferner ein Zentrumsantrag, wonach das Staatsministerium gemeinsam mit der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften baldmöglichst ein auf mehrere Jahre abgestelltes

Werkhilfegesetz

zur Verabschiedung vorlegen soll, das gemeinsame Maßnahmen des Reiches und des preussischen Staates vorsieht zur Befreiung der Schäden, die infolge der Grenzziehung, der zehnjährigen Besetzung sowie des Ruhezampfes und der Separatistenzeit im Westen entstanden sind. Angenommen wurde dazu ein Ergänzungsantrag v. Detten (W. P.), bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß Arbeiten aus öffentlichen Mitteln, die der Unterstützung der Grenzgebiete dienen sollen, nach den Bestimmungen der Reichsverbundungsordnung zu vergeben sind. Die Arbeiten in den Grenzgebieten des Westens sollten möglichst an das einheimische, ortsansässige Gewerbe, und zwar in Fach- und Teilloren vergeben werden.

Steuervereinfachungsgeleß verabschiedet

Berlin, 12. November.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Steuervereinfachungsgeleßes, das dem Reichstag unverzüglich zugehen wird.

Ermäßigte Krankenscheingebühr.

Milderungen bei Notlage.

Nach der von der Reichsregierung erlassenen Notverordnung ist für den Krankenschein eine Gebühr von 50 Pfennig zu entrichten. Zur Vermeidung von Härten hat das Reichsarbeitsministerium in den Ausführungsbestimmungen Milderungen vorgeesehen.

Achtung! ein Mädchen vom Himmel gefallen!

Roman von Karl-Heinz Volgt
Copyright by Munich-Publishing, Halle (Saale)

13. Fortsetzung.

Ignaz war völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Aberall, wo es etwas zu tun gab, tauchte die Jose der Komtesse auf und mischte sich in seine ureigensten Angelegenheiten hinein.

Daß der Küchenjunge der Jungfer nun gar noch verliebte Augen machte und Salz statt Zucker in das Kompott streute, das war der Höhepunkt.

Jetzt, nächst um zwölf Uhr, wenn alles im Schlosse schlief, konnte Ignaz erst aufatmen. Nun würde ihm diese "Heze", wie er Susanne heimlich nannte, wenigstens vor frühmorgens nicht mehr vor die Augen kommen.

Nichts wünschte der Diener sehnlicher, als daß die beiden Frauen, die die ganze Lebensführung auf Hohentann auf den Kopf zu stellen drohten, bald wieder abreißen möchten. Er verwünschte den Piloten, der dieses leberbezügliche Ungeheuer, das sich schließlich als ein duftendes Wesen aus Saft und Seide, aus Puder und Lippenpomade entpuppt, ausgerechnet auf Hendelsbergischem Gebiet abgesetzt hatte. Ignaz verzog bei diesen Betrachtungen verächtlich die Lippen.

Wo stammte denn diese Komtesse überhaupt her, überlegte er. Eine aus den Wolken gefallene Unbekannte war sie, weiter nichts. Traurig genug, daß sich der gnädige Herr durch solch ein Gegenwesen, das nur Unheil ins Schloß bringen würde, blenden ließ!

War sie nicht vielleicht gar eine Spionin, die sich hier eingeschmuggelt hatte, um Gelegenheiten zum Diebstahl aususpionieren? Man las jetzt genug derartige Sachen in den Zeitungen. Wenn der junge Baron, der Erbe des Majorats, wüßte, was hier in Hohentann vorging! Er, der gleichfalls ein Verächter alles Weiblichen war, würde den gnädigen Herrn ganz gewiß aufklären.

Ignaz war noch zu später Nachtstunde damit beschäftigt, Schuhe zu putzen. Er spuckte mit Behemung auf das Leder der hohen Jagdstiefel seines Herrn und arbeitete mit wahrer Wollust die hohen Schäfte, bis das schwarze Leder in schönstem Glanze erstrahlte.

Aber der eifrige Kammerdiener war noch immer nicht mit seiner Arbeit zufrieden. Er tauchte die kleine Bürste noch einmal in die Creme und strich noch ein wenig davon auf die Stiefel. „Und morgen will der gnädige Herr mit

Die Krankenkasse kann die Gebühr auf 25 Pfennig ermäßigen. In dringenden Fällen ist ein Krankenschein nicht erforderlich. Er kann nachher geholt werden. Wer die Gebühr im Augenblick nicht zahlen kann, dem wird sie gestundet. Bei dauernder Zahlungsunfähigkeit ist die Gebühr niederzuschlagen.

Dieses milde und bewegliche Verfahren gilt insbesondere für Arbeitslose und für kriegsbeschädigte mit Zusatzrente, ferner für Tuberkulose- und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung beibringen.

In einer Erklärung des Reichsarbeitsministeriums heißt es: Wenn die Notverordnung wieder aufgehoben würde, würde der um 1 Prozent des Grundlohnes ermäßigte Krankentafelbeitrag wieder automatisch um 1 Prozent des Grundlohnes steigen, wodurch die Versicherten allgmein um 200 Millionen Mark belastet werden würden.

Lotengedenkfeier in Genf.

Am Waffenstillstandstage.

Am Dienstag, dem Waffenstillstandstage, unter der Vorsitzende Loubon um 11 Uhr vormittags die Verhandlungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses und erklärte: „Es ist heute der 11. November und 11 Uhr. Zu Ehren und zum Gedächtnis aller Toten des Weltkrieges bitte ich Sie, sich zu erheben und eine Minute andächtigen Schweigens den Toten zu widmen“. Die Teilnehmer kamen dieser Aufforderung nach.

Die Anregung hierzu war von den Vertretern der angelsächsischen Länder ausgegangen, indem am 11. November zur Erinnerung an die Beendigung des Weltkrieges und zum Gedächtnis der Toten Gedenkfeiern in Form einer Verkehrspause oder einer Schweigeminute stattfinden.

Die deutschen, türkischen und bulgarischen Vertreter in der Kommission hatten darauf aufmerksam gemacht, daß sie an einem solchen Gedächtnisakt nur teilnehmen würden, wenn er ausschließlich den Charakter einer Erinnerung an die Toten des Weltkrieges haben und wenn keine Reden gehalten würden.

Das Guildhall-Bankett.

Macdonald über die Abrüstungsfrage.

In Anwesenheit der Mitglieder des englischen Kabinetts, der Premierminister der Dominionen, des Diplomatischen Korps und der Führer von Armee und Marine fand in der Guildhall das alljährliche Bankett des Bürgermeisters von London statt. Außenminister Henderson, der einen Trinkspruch auf das Diplomatische Korps ausbrachte, rühmte die wertvollen Dienste, die die Diplomaten dem Weltfrieden leisten und begrüßte die zuletzt in London angekommenen Botschafter von Rußland, Chile und Deutschland. Er gedachte dabei der Verdienste des bisherigen deutschen Botschafters Dr. Schamer. Der spanische Botschafter Merry del Val erwiderte in seiner Eigenschaft als langjähriger Dozent des Diplomatischen Korps.

Premierminister Macdonald

kam im Verlaufe seiner Rede auf die Schiedsgerichts- und Abrüstungsfrage der Regierung zu sprechen und

sagte: Das Beispiel muß von anderen Nationen befolgt werden. Der alte Adam ist noch nicht ausgerieben. Es werden Worte gebraucht, die in uns den Zweifel erwecken, ob die Welt aus den tragischen Erfahrungen von 1914-1918 viel gelernt hat.

Großbritannien ist durchaus bereit, die Führung zu übernehmen. Aber es richtet seine Aufmerksamkeit nicht nur nach vorne, sondern auch nach rückwärts, und es will wissen, ob die anderen Nationen ihm folgen. Denn Großbritannien kann nicht zulassen, daß es bei seinen Schritten zur Sicherung des Friedens isoliert vorgeht. Ich begrüße in diesem Zusammenhange mit hoffnungsvollen Erwartungen die Besprechungen über die Seerüstungen, die zwischen Frankreich und Italien wieder aufgenommen worden sind.

Macdonald gedachte auch der britischen Reichskonferenz und der indischen Konferenz, von denen die erstgenannte im Laufe dieser Woche zu Ende gehe, während die indische Konferenz ihren Anfang nehmen werde. Er hob hervor, daß die Selbstachtung der Dominionen und ihr Verlangen nach völliger Selbstregierung durchaus berechtigt seien, und daß die Verfassung des Britischen Reiches sich den veränderten Zeiten anpassen müsse.

Kabinettsrücktritt in Brüssel.

Nach einer Sitzung, in der sie die Frage der Kumulierung der Professuren an der Genter Staatsuniversität und an dem Genter Institut für höhere Studien erörtert haben, haben die liberalen Mitglieder des Kabinetts ihren Rücktritt erklärt. Es handelt sich um Justizminister Janssen, Außenminister Symans, Verkehrsminister Dippens, Postminister Forthomme und Kultusminister Baughier.

Darauf erklärte das Gesamtkabinetts seinen Rücktritt.

Ministerpräsident Gaspar hat sich daraufhin zum belgischen König begeben und ihm die Gesamtemission des Kabinetts mitgeteilt.

Führerreise im Faschismus

Rom, 12. November.

Die Vorsitzenden der Konföderationen der Landwirtschaft, der Industrie und der freien Berufe sind zurückgetreten. Der Korporationsminister hat Tassinari, Klingner und Bodrero als außerordentliche Kommissare mit der Leitung der genannten Konföderationen betraut. Tassinari und Bodrero gehören der Abgeordnetenkammer an.

Do X in Calshot.

Lebhaftes Interesse der Engländer.

Als bekannt war, daß Do X in Amsterdam nach England gestartet war, hatten sich in Calshot, wo Do X landen sollte, zahlreiche Schaulustige eingefunden. Luftwizemarschall Lamb, der Befehlshaber des Klüßenbezirks, war gekommen, um Dr. Dornier und Kapitän Christensen namens des Luftfahrtministers zu begrüßen und zu beglückwünschen und das Flugschiff zu besichtigen.

In der englischen Morgenpresse beschäftigt man sich sehr eingehend mit dem Riesenflugzeug und seinen Leistungen.

Wein erhielt — in jener Nacht war ihm die weiße Frau auch erschienen!

Zähneklappernd lag Ignaz auf seinem Bett und fand keinen Schlaf.

Als die ersten Strahlen der Morgen Sonne durch die Fenster seines Zimmers fielen und er unten im Hof den Johann mit den Pferden umgeben hörte, verblaßten die Schrednisse der Nacht ein wenig. Ja, Ignaz' Mut kehrte sogar wieder. Er nahm sich vor, vorläufig mit niemand über den nächtlichen Spuk zu sprechen und sich während der nächsten Nächte beherzt auf die Lauer zu legen. Einen derben Knotenstod und eine Blendlaterne mitzunehmen, das wollte er schon nicht vergessen. Und er pumpte sich ganz voll mit Mut und Entschlossenheit.

Das weiße Gespenst sollte ihm Rede und Antwort stehen. Wenn es Geistern möglich war, nachts umherzuwandeln und wie ein Mensch zu winken und zu drohen, mußte man sich schließlich auch mit ihnen verständigen können. — Ja, das alles war leicht gesagt jetzt bei Tage, wo alles nüchterner und klarer war als in der Nacht, da der Mond alle Gegenstände in unheimliche Spultgestalten verwandelte.

Blödsinnig entfaßte sich Ignaz der weggeworfenen Stiefel seines Herrn. Mit einem Satz sprang er aus dem Bett, kühlte sich mit frischem Wasser den schmerzenden Kopf und begab sich an die Stätte der nächtlichen Erscheinung.

Ignaz erschrak. Die Stiefel waren fort. Es waren Wunder über Wunder. Das größte Rätsel aber war, daß die Stiefel fein säuberlich vor der Schlafzimmertür seines Herrn standen.

Ignaz verstand das nicht. Wie ein Pagode schüttelte er völlig verwirrt den Kopf.

Langsam, wie der Flügel eines großen Vogels, senkte sich der warme Sommerabend über die Landschaft. Komtesse Ursula von Reußen, in einem modernen Jagdstock, die Flinte über der Schulter, schritt leichtfüßig neben dem Baron von Hendelsberg her, der mit seinem Jagdhut, auf dem ein echter Gamsbart zitterte, und mit seinen vorjünglichen Stulpenstiefeln einen seltsamen Kontrast zu der elastischen, modernen jungen Sportsdame bot.

Wortarg und ganz versunken in die Schönheiten des schweigenden Waldes, der sie jetzt umging, schritten sie in den feierlichen Dom hinein, aus dem tausend Vogelstimmen und die vielfachen, undefinierbaren Geräusche der atmenden Natur ihnen entgegenklangen.

(Fortsetzung folgt.)

dem Fräulein gar auf die Jagd gehen!“ setzte Ignaz seine Ueberlegungen fort. „Wenn mir das jemand noch vor vierzehn Tagen gesagt, hätte ich ihn für verrückt gehalten.“

Er legte heftig die Bürste in den Pustkasten zurück. „Alter schützt vor Torheit nicht! Der gnädige Herr sollte sich schämen — in dem Alter!“

Ignaz klemmte die Jagdstiefel unter den Arm. Da die Gefinde- und Wirtschaftsräume im östlichen Teile des Schlosses lagen, die Herrschaftszimmer sich aber in dem westlichen Flügel befanden und es zu den Gepflogenheiten des Barons gehörte, frühmorgens alle seine gepuderten Stiefel zur Auswahl vor seiner Schlafzimmertür zu finden, mußte Ignaz noch den langen Gang durchschreiten, der den östlichen Flügel mit dem westlichen verband.

Trotzdem Ignaz auf den Zehenspitzen ging, hallten seine Tritte doch dumpf und geheimnisvoll in dem gewölbartigen Hogenang wider.

Die Turmuhr schlug zwölfmal. Der abergläubische Diener betrezugte sich. Die Strahlen des vollen Mondes, der unwirklich groß und mit schiefem Kopf lächelnd am Himmel hing, glitten über die steinernen Quadern des Ganges und übergossen alle Gegenstände mit einem magischen Schein, der ihnen Leben einzuhauchen schien.

In einer Wandnische stand eine alte Ritterrüstung. Sie schien sich zu bewegen, und Ignaz glaubte, das Knirschen der rostigen Scharniere zu hören. Aber es waren nur seine eigenen furchtsamen Tritte, die schwer verhallend hinter ihm her klangen.

Er hatte beinahe den Westflügel erreicht, als er wie gebannt stehenblieb. Seine angegrauten Haare machten den vergeblichen Versuch, sich zu sträuben. Ein eisalter Schauer fuhr ihm im Rücken entlang.

Dort, in jener Ecke, stand eine weiße Gestalt, vom Mondlicht spärlich beleuchtet. Sie hob drohend die Geisterhand gegen den Erstarrten. Wallende Tücher umwehten wie Nebelschleier das unheimliche Gebilde.

Ein leiser, hallloser Schrei klang aus dem Munde des Dieners. Er warf die Stiefel seines Herrn weit von sich, vielleicht aus dem Drange heraus, sie in Notwehr gegen das Gespenst zu schleudern, vielleicht auch, um eine leichtere Flucht zu haben. Dann wandte er sich um, strebte mit zitternden Knien eiligst seinem Zimmer zu.

In Schweiß gebadet, warf er sich auf sein Lager. Die weiße Frau geht wieder um, dachte er und schüttelte sich noch jetzt vor Entsetzen. Blödsinnig schoß wie ein Blitz der Gedanke in sein Hirn: Sie zürnt, weil der Herr einen fremden Gast auf Hohentann beherbergt. Das Gespenst kündigt ein Unglück an! Ja, ganz gewiß, so war es. Damals, in der Nacht, bevor der gnädige Herr den bösen Schuß ins

Im Flugzeug über den Kanal.

Berichte von Teilnehmern der Fahrt.
Ueber ihre Eindrücke an Bord des Do X berichtet Lady Drummond Hay u. a.: „Wir erleben den Beginn einer neuen Ära im Weltverkehr“, sagte Dr. Dornier zu mir, als das riesige Flugzeug über die erregte See dahinjagte, die die Welle von Bebrütige peitschte. Dr. Dornier gab zu, daß er sich glücklich fühle. Er bemerkte, die erste erfolgreiche Überquerung der offenen See durch sein riesiges Flugboot betrachte er als ein Zeichen, daß sich der Traum seines Lebens verwirklichen werde: Ich selbst, berichtet Lady Drummond Hay weiter, mache die gleichen Empfindungen durch wie bei meinem ersten großen Zeppelinflug im Jahre 1928.

Die gleiche gehobene Stimmung herrscht auf der Kommandobrücke, in den Navigations- und Maschinenräumen wie bei dem Zeppelin. Eine andere Meinung ist

das Gefühl äußerster Sicherheit

und Bequemlichkeit auf dem Passagierdeck. Es ist kaum eine Bewegung zu verspüren, und der furchtbare Lärm der zwölf Motoren mit ihren 7500 Pferdekraften stört die Unterhaltung im Passagierraum keineswegs.

Ein anderer Flugteilnehmer, Karl von Wiegand, berichtet: Der Do X lag bei dem Fluge völlig ruhig in der Luft

trotz Gegenwindes von fünfzig Stundenkilometern.

Dr. Dornier nimmt mit seiner Frau persönlich an dem Fluge nach Lissabon teil, um das Verhalten dieses riesigen Luftschiffes, den sein Gehirn erforschen hat, in praxi zu beobachten. Die Tatsache, daß Italien zwei derartige riesige Flugmaschinen bestellt hat, hat in Jugoslawien Interesse erregt, was sich in der Anwesenheit des Majors Kraton vom jugoslawischen Luftfahrtministerium äußert. Es war ein schöner Flug bei angenehmem Wetter.

638 in Portugal.

Entgegen der ersten Disposition ist 638 doch auf dem Flugplatz Alveria bei Lissabon gelandet. Außer einer großen Volksmenge hatten sich zahlreiche offizielle Persönlichkeiten, darunter der Kriegsminister, der Generalstabschef, der Leiter und der Inspektor des Flugwesens sowie der deutsche Geschäftsträger eingefunden, die das Flugzeug besichtigten. Im Verlaufe eines Empfanges beim deutschen Geschäftsträger wurden zwischen den portugiesischen Offizieren und den deutschen Gästen in herzlichem Tone gehaltene Begrüßungsreden gewechselt.

Schweres Novembergewitter.

Blitzschlag in ein Verlagshaus.

Ueber Apenrade in Nordschleswig und Umgebung ging nachts ein furchtbares Unwetter, verbunden mit starkem Gewitter, nieder. Ein Blitzschlag schlug in das Gebäude der Deutschen Nordschleswiger Zeitung ein.

Die von mehreren Familien bewohnten beiden oberen Stockwerke des Hauses brannten völlig nieder, das untere konnte durch die Feuerwehre gerettet werden. Der technische Betrieb der Zeitung erleidet keine Störung.

Die Maschinen befanden sich in einem Nebengebäude, das vom Feuer verschont wurde. Die Nordschleswiger Zeitung ist die einzige deutsche Zeitung im abgetretenen Gebiet.

Ein Musikmeister als Spion.

Das Ehepaar Adam vor Gericht.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig stehen der 50 Jahre alte Obermusikmeister Paul Adam von der 2. Abteilung des 6. Artillerie-Regiments in Minden und seine Ehefrau wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

Beide, die längere Zeit hindurch wegen Spionageverdachts beobachtet worden waren, wurden am Abend des 15. Juni auf dem Bahnhof Minden verhaftet in dem Augenblick, als Frau Adam, von einer

Reise ins besetzte Gebiet

zurückkehrend, aus dem Zug stieg und von ihrem Mann mit den bezeichnenden Worten „Hat alles geklappt?“ empfangen wurde.

In der Zwischenzeit wurden beide vom Mindener Schöffengericht wegen Kontursbergens verurteilt. Adam erhielt zwei Wochen, seine Frau als Hauptschuldige sechs Wochen Gefängnis. Dabei wurde festgestellt, daß beide, trotzdem sie vier unmündige Kinder zu versorgen hatten,

sehr verschwenderisch gelebt

und einen Aufwand getrieben haben, der keineswegs mit den Einnahmen des Mannes in Einklang zu bringen war. Diese Verschwendungssucht und die daraus entstehenden mißlichen finanziellen Verhältnisse dürften auch das Motiv zu den schweren Verfehlungen sein, bei denen wohl Frau A. die treibende Kraft gewesen ist; sie, eine geborene Lothringerin, hat jedenfalls die Zeichnungen zu ihren Landakten zum Landesverrat benutzt.

Die Verhandlungen, zu denen zwölf Zeugen geladen worden sind, werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Zuchthaus für Ehepaar Adam.

Beide der Spionage schuldig.

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Musikmeister Peter Adam aus Minden (Westf.) wegen Verrats der Spionage zu zehn Jahren Zuchthaus. Die Ehefrau Adam erhielt fünf Jahre Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt.

Die bei Frau Adam bei der Verhaftung vorgefundene Summe von 900 Mark sowie 12 000 Mark



Das Flugzeug für jedermann.

Der deutsche Luftfahrtverband empfiehlt seinen Mitgliedern den Ankauf eines 20-P.S.-Flugzeuges, dessen neuer Typ jetzt nur noch 3450 M. kosten wird. Das billigste Flugzeug kostete bis jetzt etwa 7000 Mark.

Spionagegelder verfallen dem Reich, ebenso der Photoapparat der Frau Adam. Vier Monate und drei Wochen gelten bei beiden Verurteilten als durch die Untersuchungszeit verfließen.

Allerlei aus aller Welt.

* **Mord an einem Ehepaar.** Der Altbesitzer Komorin und dessen Ehefrau aus Rehlaun (Ostpreußen) wurden ermordet aufgefunden. Die Tat muß aber bereits vor einigen Tagen verübt worden sein. Komorin hat zunächst mit einem Messer einen Stich in den Rücken erhalten, dann durchschneidte ihm der Mörder die Kehle. Die Ehefrau ist durch einen Artstich betäubt worden, während der Tod durch einen Stich in die Herzgegend eintrat. Das ermordete Ehepaar hatte früher im Dorfe einen Besitz, den es aber später dem Sohn unter dem Vorbehalt eines Ausgebüdes überließ. Das anfänglich gute Verhältnis trübte sich indessen bald so, daß die Eltern sich wieder einen kleinen Besitz pachteten. Dieser Sohn wurde verhaftet. Gleichzeitig wurde noch ein gewisser Rutawka festgenommen.

* **Englands Kampf um das „Blaue Band“.** Im Unterhause trat der Präsident des Handelsamtes, Graham, in einer Rede für die Bewilligung von Geldmitteln ein, durch die ein Teil der Versicherungssummen der beiden geplanten riesigen Cunard-Dampfer gedeckt werden soll. Er wies darauf hin, daß einige andere Staaten ihren Reedereien Subventionen zahlen und erinnerte an die Leistungen der „Fremens“ und der „Europa“; er fügte hinzu, England sollte alles tun, um eine führende Stelle im transatlantischen Personenverkehr einzunehmen.

* **Die Untersuchung der Katastrophe von R 101.** Im Verlaufe der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses, der sich mit der Katastrophe des R 101 befaßt, wurden noch mehrere Zeugenbefragungen über Unachtsamkeit der Gasfächer, Versagen von Gasventilen und über die große Schwere des Luftschiffes bei seinen Probeflügen abgehalten. Dann erklärte der Vorsitzende, Herr John Simon, daß die Feststellung der Tatsachen hiermit beendet sei und daß die Kommission nun an den zweiten Teil der Aufgabe heranzutreten habe: wozu möglich die Ursachen des Unglücks ausfindig zu machen. Hierauf vertagte er den Ausschuss bis zum 1. Dezember.

* **Sturmfahrt des Dampfers „Berlin“.** Der Dampfer „Berlin“ ist mit einer zweitägigen Verspätung in Neuhort angekommen. Der Dampfer hatte während dreier Tage schwere Stürme zu bestehen und war sogar gezwungen, acht Stunden lang beizudecken. Zahlreiche Fenster und Türen sind eingedrückt und einige Ventilatoren weggerissen.

* **Freiballonnotlandung auf polnischem Gebiet.** Blättermeldungen, wonach die Insassen des deutschen Freiballons „Reichsmilchhausjuch“, der auf polnischem Gebiet notlanden mußte, von den polnischen Behörden festgenommen worden seien, wird von zuständiger Seite erklärt, daß sich die Herren auf freiem Fuß in Birnbaum befinden und nur auf die Erledigung der Passformalitäten warten, um nach Berlin zurückzukehren. Der Ballon war unter Führung des Kapitänleutnants Kruse mit drei Passagieren zu einem Sportflug gestartet, wurde dann aber nach Osten abgetrieben und mußte schließlich, da eine Landung im Hochwassergebiet nicht möglich war, im Kreise Schrimm niedergehen.

* **Bei Sprengarbeiten verletzt.** Bei den zur Zeit vorgenommenen Abbrucharbeiten im alten Gaswerk in Augsburg (Bayern) sollte der Wasserturm gesprengt werden. Als nach der ersten und zweiten Sprengladung der gewünschte Erfolg nicht eintrat, begaben sich der Leiter der Sprengarbeiten und zwei Arbeiter an die Sprengstelle. Kaum hatten sie diese betreten, als der Rest des Baumwerkes in sich zusammenstürzte. Die drei Männer sprangen sofort zur Seite, die beiden Arbeiter wurden aber durch herabfallende Steinmassen schwer verletzt.

Deutsche Turnerschaft.

— Die sächsische Turnersportbewegung. Die Fußballbewegung ist wie keine andere Leibesübung innerhalb der Sächsischen Turnerschaft in den letzten Jahren erstaunlich gewachsen, und es ist anzunehmen, daß dieses Wachstum auch weiterhin anhält. Eine Aufstellung über die Zahlen der Mannschaften in den einzelnen Gauen ergibt, daß in Jahresfrist ein Zuwachs von 155 Mannschaften zu verzeichnen gewesen ist. Eine Uebersicht über die Bewegung in den letzten 8 Jahren ergibt folgendes Bild: In der Sächsischen Turnerschaft wurden gezählt 1923 19 Mannschaften, 1924

51, 1925 73, 1926 136, 1927 195, 1928 205, 1929 280 und 1930 435 Mannschaften. Zunahme an Mannschaften verzeichnen alle Turngaue Sachsens. Am stärksten ist der Zuwachs an Mannschaften in den Gauen Chemnitzer Industriegebiet, Vogtland, Westerzgebirge und Osterzgebirge.

× **Rekball marschiert!** Das Rekballspiel hat sich in der D.L., vor allem auch in der Sächsischen Turnerschaft immer mehr ausgebreitet. Bereits in allen sächsischen Turngaue ist das Rekballspiel organisatorisch in den Gesamtsportbetriebe der Gauen eingegliedert worden. Auch innerhalb des Turnkreises besteht nunmehr die feste Organisation für das Rekballspiel. In den Gauen, im Kreise und in der D.L. sind dieses Jahr Rekballturniere durchgeführt worden, die teilweise recht beachtliche Leistungen zeigten. Für den 19. November hat der sächsische Kreisobmann seine Gauobleute zu seiner Arbeitsitzung nach Leipzig berufen, in der über die Spielregeln und das Schiedsrichtermessen, über die Spielordnung für Rekball und den Arbeitsplan 1931 vornehmlich beraten werden soll.

× **Schneelauflehrgänge der D.L.** Die Deutsche Turnerschule führt im kommenden Winter drei Schneelauflehrgänge durch, die gleichzeitig vom 12. bis 17. Januar 1931 abgehalten werden sollen. Der Lehrgang für Schneelaufwarte wird für Schihof Groß-Stein im Isergebirge abgehalten. Die Schneelaufwartinnen werden im Kreisheim der Sächsischen Turnerschaft in Oberwiesenthal zum angelegten Lehrgang versammelt. Für die Schneelaufwarte, die mit dem Schneelaufen im Hochgebirge vertraut sind, wird der dritte Lehrgang in den Alpen durchgeführt werden.

Sport.

○ **Paolino** wird nun doch den geplanten Kampf gegen den italienischen Riesen Carnera am 23. November in Barcelona austragen, da es dem Veranstalter Jeff Dawson gelungen ist, die beabsichtigte Reise nach Amerika, die der Spanier bereits am Mittwoch antreten wollte, hinauszuschieben.

○ **28 deutsche Fußball-Spitzenvereine** tagten am Sonntag in Eisenach, um die aktuellen Probleme im Fußballsport zu besprechen. Die Versammlung setzte eine Kommission ein, die dem DFB. einen Antrag unterbreiten soll mit den Forderungen auf Ablehnung der Einführung des Berufsfußballs, Ablehnung der Dresdener Speisefälle und Wiedereinführung der alten Speisen sowie Amnestie für Schalke 04.

Gerihtliches.

Gustav Winter wegen Steuerhinterziehung verurteilt

Der bekannte „Betriebsanwalt“ Gustav Winter aus Leipzig stand wieder einmal vor den Schranken des Gerichts. Diesmal handelte es sich um den Vorwurf der Steuerhinterziehung. Winter wurde beschuldigt, im Jahre 1926 als Inhaber eines Zeitchriftenvertriebs und als gewerbsmäßiger Vertreter der Reichsbankgläubiger Umsatz-, Vermögens- und Einkommensteuer hinterzogen zu haben, was der Angeklagte jedoch bestritt. Er gab an, daß er seine Bücher nicht so habe führen können, wie er gewollt habe, da er viel zu Vermählungen unterwegs gewesen sei. Das Urteil lautete auf eine Gesamtgeldstrafe von 3800 RM.

Zuchthausstrafe für einen Falschid

Der Musikdirektor Fritz Pannide aus Leipzig stand unter der schweren Anklage des Meineides vor dem Leipziger Schwurgericht. Pannide hatte in einem Unterhaltungsprozess einen Falschid geleistet, leugnete aber während der Verhandlung diese Tat. Das Gericht hielt ihn des Meineides für überführt und schickte ihn auf ein Jahr neun Monate ins Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Um einen bausälligen Zaunpfiler

Am 17. Dezember 1928 war der Eisenbahnassistent Neuhäuser aus Riesa in der Speicherrstraße durch einen vom Wind umgerissenen Ziegelpfiler eines anliegenden Grundstückes tödlich verletzt worden. Die von seiner Witwe, zugleich im Namen der beiden unmündigen Kinder, gegen den Grundstückseigentümer eingeleiteten Ersatz- und Rentenforderungen sind jetzt vom Reichsgericht als gerechtfertigt anerkannt worden. Wie das Oberlandesgericht Dresden festgestellt hatte, ist sowohl die mangelhafte Errichtung wie die unzureichende Unterhaltung des umgestürzten Pfeilers Ursache des Unfalls gewesen. Nachdem bereits im Jahre 1921 ein Teil des Zaunes vom Winde umgerissen worden sei, wäre es nach Auffassung des Reichsgerichts umso dringender geboten gewesen zu untersuchen, wie einer erneuten Einsturzgefahr zu begegnen sei, sowie von Zeit zu Zeit Nachprüfungen auf die Standfestigkeit hin vorzunehmen zu lassen.

Vom Schuttpolizisten zum Zuchthausler

Vor dem Halberstädter Schöffengericht stand der 40jährige Karl Wehrstedt aus Warsleben, Kreis Quedlinburg, wegen Betrügereien und Einbrüchen im Rückfall. Der Angeklagte war im Jahre 1920 in Berlin bei der Schutzpolizei angestellt. Infolge Veruntreuungen wurde er entlassen und sank seitdem von Stufe zu Stufe. Unter anderem durchzog er den Harz, gab sich als Kriminalbeamter aus und verstand es auf diese Weise, viele Leichtgläubige irre zu führen. Er wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein aufgeflogener Prozess

Am 3. November begann vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Plauen die auf etwa acht Tage berechnete Verhandlung gegen die Bankdirektoren Dehmer und Fehrer sowie den stellvertretenden Direktor Büttner aus Plauen wegen Depotunterdrückung und Untreue. Die Angeklagten waren Direktoren aus der Auerbacher Bank A.-G. hervorgegangenen Vogtländischen Kreditbank. Die Seele der Bank war bis zu seinem 1929 erfolgten Tode der bekannte Finanzmann und Direktor der Deutscher Kalk- und Ziegelwerke, Hugo Lange, der durch Übernahme der Aktien von Haller-Berlin die Majorität der Auerbacher Bank erlangt hatte. Im Verlaufe der Verhandlungen, deren Ende auf Mittwoch angelegt war, sind bisher 18 Zeugen vernommen worden. Das Gericht hat am Montag beschlossen, die Verhandlungen bis auf weiteres zu vertagen und die Akten der Staatsanwaltschaft zur weiteren Erörterung zu überlassen. Die neuen Verhandlungen werden kaum vor Februar oder März nächsten Jahres beginnen können.

Handel und Volkswirtschaft.

Preisfestlegung mit Hindernissen.

Bei der vom Reichskabinett angekündigten Preisfestlegung haben sich in Berlin sehr bedauerliche „Missverständnisse“ ergeben. Wie sich jetzt herausstellt, wollten zwar die Bäckerinnungen den Brotpreis von 50 auf 46 Pfennige senken, die Brotfabriken dagegen wollen nur — und auch das nur versuchsweise — eine Preiserhöhung um zwei Pfennige eintreten lassen. Noch schlechter steht es mit der Senkung der Preise für Schweinefleisch, bei der es sich jetzt lediglich um eine Verringerung der Spanne zwischen den Groß- und den Kleinhandelspreisen in Höhe von fünf Pfennig für das Pfund handeln soll. Tatsächlich waren denn auch die Preise am Dienstag in Berlin nirgends geringer als am Vortage, und das, obwohl auf dem Berliner Schweinemarkt ein Preissturz von 5 Mark für den Zentner eingetreten ist!

Gehaltsfestlegung in den Staatsbetrieben

Dresden. Zwischen der Sächsischen Regierung und den Direktoren und leitenden Angestellten der verbenden Staatsbetriebe finden zur Zeit Verhandlungen über eine Gehaltsfestlegung im Ausmaß von durchschnittlich zwanzig Prozent statt. Da die meisten der in Frage kommenden Herren langfristige Verträge haben, handelt es sich dabei um einen freiwilligen Verzicht. Wie über den Fortgang der Verhandlungen bekannt wird, ist damit zu rechnen, daß eine zwanzigprozentige Gehaltsfestlegung von den betreffenden Herren anerkannt wird. Der Termin, an dem die Gehaltsfestlegung in Kraft treten soll, und der Kreis der beteiligten Personen steht noch nicht fest. Ferner steht noch offen, ob nicht in einzelnen Fällen bei weniger hohen Gehältern eine gewisse Staffelung der Gehaltsfestlegung angewendet werden wird. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen.

Amthliche sächsische Notierungen vom 11. November.

Dresdner Börse vom 11. November. Bei freundlicher Grundstimmung, aber stillem Geschäft kam es nur zu geringfügigen Kursveränderungen. Fellenentele gewann 4, Polypbon 2,5, Schubert & Salzer sowie Vereinigte Photo je 2 Prozent. Dortmunder Ritter minus 2, Dittersdorfer Filz minus 2 Prozent. Anlagewerte verkehrten uneinheitlich. Die 7proz. Dresdner Stadtanleihe von 1926, Reihe 2, gewann 1,5 Prozent, während die 6proz. Deutsche wertbeständige Anleihe von 1923 3 Prozent niedriger notierten.

Leipziger Börse vom 11. November. Der heutige Kassamarkt lag sehr ruhig mit unbedeutenden Umsätzen. Polypbon plus 2,5, Schubert & Salzer plus 2, Leipziger Feuer minus 3, dagegen Reihe drei plus 3, Cröllwitz Papier, Richter und Peniger Maschinen je minus 2, Glauziger Zucker minus 2,5 Prozent. Anleihen hatten sehr stillen Geschäft. Der Freiverkehr war nur vereinzelt leicht gebessert.

2. Ziehung 1. Klasse 198. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 11. November 1930.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 120 Mark gezogen.

20000 auf Nr. 51371 bei Fa. Herrmann Arnold, Chemnitz und bei Fa. Buch & Co., Dresden.
15000 auf Nr. 81068 bei Fa. Carl Wille, Chemnitz.
5000 auf Nr. 52077 bei Fa. Louis Köhler, Leipzig.
5000 auf Nr. 135137 bei Fa. Leopold Müller, Leipzig.
3000 auf Nr. 146250 bei Fa. Eduard Mey, Dresden.
3000 auf Nr. 12756 bei Fa. Richard Wehne, Döbeln.
3000 auf Nr. 14638 bei Fa. Oscar Krüger, Leipzig.
3000 auf Nr. 75532 bei Fa. Otto Hoppe, Leipzig.
3000 auf Nr. 9591 bei Fa. Fritz Sander, Chemnitz.
3000 auf Nr. 139093 bei Fa. Louis Hübner, Inh. Kurt Brühl, Buchholz.
2000 auf Nr. 6384 bei Fa. S. Sarmulowitsch & Co., Leipzig.
2000 auf Nr. 13542 bei Fa. Oscar Uhlitz, Chemnitz.
2000 auf Nr. 22685 bei Fa. Martin Lemm, Leipzig.
2000 auf Nr. 38527 bei Fa. Gustav Wiedemann, Dresden.
2000 auf Nr. 61223 bei Fa. H. S. H. Fischer, Leipzig und bei Fa. George Meyer, Leipzig.
2000 auf Nr. 122786 bei Fa. Gustav Gröbe, Dresden.

0731 093 267 618 024 221 762 161 783 892 (500) 177 055
1321 840 167 997 (200) 917 745 (200) 372 545 019 937 059 961 837
729 483 2304 (200) 845 689 463 634 616 472 932 216 373 3627 858
556 686 (200) 995 558 439 552 221 471 209 191 533 4993 714 085
924 947 273 068 100 693 875 (200) 278 (200) 577 811 (200) 608 652
3000 5994 723 777 440 616 024 884 931 614 637 023 282 358 327 538
396 4982 384 (2000) 001 716 052 808 052 (300) 240 269 947 995 207
900 (200) 957 900 (200) 381 (200) 475 979 7858 799 772 475 980
501 991 263 963 208 8854 292 (500) 370 254 204 786 552 699 920
049 (200) 823 884 (200) 767 886 9313 473 (200) 576 114 635 298
911 088 839 998 785 907 564 684 (200) 703 (500) 799 10359 883
(200) 133 685 306 469 171 550 056 714 262 184 11283 100 249 968
297 158 12000 488 672 703 613 (200) 971 23289 111 161
256 (3000) 618 984 13527 381 648 424 386 137 (200) 690 894 (2000)
831 14875 040 (200) 766 615 670 147 013 (500) 293 727 745 452

15193 291 704 574 916 739 462 595 107 009 (300) 730 413 419
998 531 485 16647 735 982 906 712 (200) 524 670 826 545 274 896
255 129 492 305 13566 902 (200) 030 026 994 596 318 345 422 551
(500) 808 444 405 668 814 240 18602 (500) 723 422 951 565 474
863 (200) 212 (200) 439 (200) 473 025 19013 922 (200) 688 765 542
(2000) 193 985 676 370 444 441 20546 525 541 142 (500) 656 042
893 (200) 775 21037 751 212 896 277 896 126 477 146 867 200 380
415 508 22980 341 273 (500) 474 752 323 (1000) 635 (2000) 702 079
480 (300) 889 23279 (300) 927 237 642 (200) 699 (200) 428 991 649
527 331 061 720 010 420 (200) 706 758 24766 219 135 341 094 600
234 293 901 (200) 165 893 25600 724 616 873 324 (200) 147 370 699
(500) 102 884 691 (200) 527 546 340 (1000) 26698 770 (200) 325 998
684 670 518 015 (200) 480 487 613 27093 318 325 558 840 334 948
632 930 (200) 771 28511 641 874 896 431 387 979 292 602 595 171
178 509 22919 354 685 651 851 648 390 055 277 154 438 729

30254 894 738 925 790 234 409 609 590 31794 (300) 931 289
(200) 869 526 181 997 (200) 775 579 119 826 160 150 422 013 804 695
235 (200) 710 22230 333 133 256 903 273 724 727 (200) 769 669
(1000) 175 352 091 545 (200) 033 240 (200) 33185 725 054 611 048
794 225 385 497 847 040 828 362 355 043 739 34020 088 791 464
364 686 (200) 039 997 406 206 822 449 357 (500) 258 35706 793 106
685 866 887 928 085 088 421 361 517 355 30662 886 114 502 362
257 185 (200) 072 (200) 740 (300) 673 799 282 (300) 473 882 (200) 271
030 083 796 041 (200) 143 738 882 (200) 702 (300) 145 37210 183
375 371 253 38886 373 684 839 573 799 282 (300) 473 882 (200) 271
264 (200) 581 347 (200) 314 897 779 38995 998 485 139 784 360 142
521 845 927 911 284 484 238 796 002 40480 702 136 265 277 679
111 003 504 077 407 (200) 413 295 317 697 608 41401 576 479 014
852 (500) 170 650 433 133 745 42888 229 027 (200) 979 741 794 484
439 685 106 946 532 560 881 57543 072 274 (200) 036 373 508 206
564 (200) 695 119 015 511 44279 843 084 445 933 757 484 427 802
785 561

45173 (500) 398 432 142 099 063 548 596 648 757 302 201 141
(200) 933 167 018 085 805 46038 486 (200) 493 881 464 860 051
189 (1000) 851 924 (500) 814 335 561 715 47035 (200) 485 348 922
691 814 541 978 (200) 304 (200) 299 316 49038 838 (200) 460 989
808 (200) 053 751 440 486 351 574 602 760 054 49420 140 728 391
369 595 876 871 295 727 514 835 315 50410 967 804 578 578 390
771 901 688 741 517 607 687 (200) 631 (200) 807 963 51930 697 783
5 3 311 658 211 107 371 (200000)
254 461 427 063 862 150 675 677 539 53677 777 (300) 121 439 006
(200) 619 507 733 54106 297 810 659 882 6 8 (300) 941 282 976
(200) 55 62 954 368 438 850 385 157 56890 068 337 105 006 116
540 998 305 946 532 560 881 57543 072 274 (200) 036 373 508 206
314 582 099 277 238 58933 (200) 609 286 601 935 007 038 238 182
(200) 485 376 0 490 055 762 (200) 075 015 446 59018 878 60000
575 981 881 808 (200)

69279 128 309 893 428 432 553 345 186 150 61979 084 674 576
489 222 (2000) 802 324 (200) 020 994 505 164 671 (200) 880 430 820
62433 609 450 292 321 821 454 881 027 481 782 912 205 714 (200)
878 63292 261 828 392 523 177 (200) 328 983 635 (200) 64083 722
(200) 403 881 982 533 545 081 208 65190 947 554 292 438 323 696
563 217 186 66254 578 911 459 (300) 025 061 200 524 855 (300)

Chemnitzer Börse vom 11. November. Mangels jeglicher Anregung verkehrte die heutige Chemnitzer Effektenbörse bei sehr geringer Unaktivität in abgemessener Haltung. Mimosa minus 2, Schönherr seit letzter Notiz minus 3 Prozent. Eine Ausnahme machten lediglich Dittersdorfer Filz mit einem Gewinn von 2 Prozent. Freiverkehr weiterhin still.

Leipziger Produktenbörse vom 11. November. Weizen 76-77 kg 250-254; Weizen 73-74 kg 240-244; Roggen 70-71 kg 157-163; Sommerbräugerste 200-230; Futter- und Industriebräugerste 180-190; Wintergerste 180-185; Hafer neu 152-162; Hafer alt 178-184; Mais amer. 270-275; Mais rund 265-270; Mais cinquantin 300-310; Mais Donau 230-240; Raps 220-230; Erbsen 230-250; Weizenkleie 8,25-8,5; Roggenkleie 8-8,25; Weizenmehl 43-45; Roggenmehl 28-29.

Bei der Zwangsversteigerung der vor einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen, früher im ganzen Erzgebirge bekannten und angelegenen Firma Jul. Beyreuther, Holzhandlung, Pappfabrik und Sägewerk in Johannsgorgenstadt, wurde der gesamte Besitz der Firma, bestehend aus mehreren Fabrikgebäuden, Wohnhäusern, Flur- und Waldgrundstücken, vom Sächsischen Staat zu dem weit unter Schätzwert liegenden Preise von 155 000 RM erworben.

Die Sächsische Textilmaschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G. hat nunmehr auch den Webstuhlbau als Fabrikationszweig aufgenommen. Das bekanntlich aus der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G. hervorgegangene Unternehmen betreibt nunmehr den gesamten Textilmaschinenbau der bekanntlich in Liquidation befindlichen alten Hartmann-Gesellschaft.

Berliner Börsenberichte vom 11. November.

Devisenmarkt. Die Devisen lagen heute gegen Reichsmark wieder etwas fester; Paris schwächer.

Effektenmarkt. Die Banken bekundeten an einigen Märkten Kaufneigung, das Angebot blieb aber geringfügig und die Spekulation deckte weiter. Im allgemeinen waren die Umsätze wieder sehr gering. Geld weiter erleichtert, Tagesgeld 4-6 Prozent. Nach den ersten Kursen etwas lebhafter und allgemein bis zu 1 Prozent befristigt. Privatdiskont 4/4, Reichsbankdiskont 5 Prozent.

Produktenmarkt. Die gestrige flauere Haltung von Brotgetreide machte einer kleinen Aufbesserung Platz. Das Mehlgeschäft lag fast still. Auch Hafer hatte wenig Geschäft. Gute Bräugerste war gefragt.

Devisenmarkt.

Dollar: 4,193 (Gold), 4,201 (Brief), engl. Pfund: 20,365 20,405, holl. Gulden: 168,77 169,11, ital. Lira: 21,94 21,98, franz. Franken: 16,469 16,509, Belg. (Belgien): 58,46 58,58, Schweiz. Franken: 81,335 81,495, dän. Krone: 112,13 112,35, schwed. Krone: 112,41 112,63, norw. Krone: 112,13 112,35, tschech. Krone: 12,437 12,457, österr. Schilling: 59,065 59,185, span. Peseta: 48,35 48,45.

761 409 128 754 750 275 67085 406 483 305 163 939 (1000) 030 495
520 (200) 635 511 641 212 522 188 031 265 49244 895 379 891 824
(300) 644 677 631 828 691 957 282 6216 941 896 247 792 755 865
560 190 677 729 967 444 388 70288 625 820 440 032 107 264 966
849 877 (300) 825 026 893 731 863 228 057 71290 055 670 895 287
479 328 490 328 719 644 903 245 (300) 000 42326 635 535 684 230
064 364 352 863 097 714 471 (200) 512 340 700 357 72745 482 (200)
357 (200) 877 248 (200) 263 300 (200) 989 72757 (200) 997 770 458
496 608 060 357 932 618 74710 406 084 074 937 856 339 157 764 838
75429 442 (200) 779 759 (200) 071 (300) 532 (3000) 632 251 758
590 973 423 499 76866 257 733 561 436 499 (200) 547 682 243 916
574 312 290 77266 (200) 841 891 494 933 321 352 552 513 085 431
(200) 036 485 165 (200) 473 374 184 74857 134 350 778 146 (300)
367 762 517 691 (200) 344 081 601 79633 259 (200) 944 135 (300)
607 288 80858 236 108 (200) 509 732 (200) 697 0 9 708 172 268
81952 068 (15000) 604 464 (200) 820 273 (200) 044 0 0 537 687 (200)
644 113 82710 767 603 814 (200) 290 (300) 245 570 83988 749
479 328 490 328 719 644 903 245 (300) 000 42326 635 535 684 230
711 (200) 636 718 525 776 488 (300) 733 137 04 254 85816 724
813 113 065 959 424 (200) 602 880 904 642 275 449 599 039 699
86271 046 829 280 (200) 455 (200) 577 003 486 080 (200) 182
927 907 446 357 (200) 332 158 57617 577 209 609 583 596 077 601
580 88888 433 180 639 390 762 434 275 89074 103 302 611 116
479 572 366 925 213

90810 843 635 470 115 394 107 (200) 856 414 91273 577 481
728 075 407 (200) 077 234 764 444 103 92391 639 136 822 843 016
773 642 (200) 710 305 93255 732 889 397 591 (3000) 407 578 429
672 42 12 72 58 568 157 276 42 12 72 58 568 157 276 42 12 72 58 568 157
828 289 362 145 479 287 (300) 95174 270 889 439 293 054 478
848 110 096 359 523 (300) 036 217 96556 200 187 900 061 013 183
663 912 283 345 600 (200) 280 476 506 528 840 97988 693 867 382
205 107 066 98799 709 280 210 671 377 557 99104 822 351 628
011 845 528 738 700 (200) 689 905 329 100306 004 180 100 466 433
840 588 103 290 923 024 (200) 597 356 100555 124 685 641 577 079
949 822 998 388 334 302 029 349 019 591 800 102125 694 (200) 383
849 090 423 073 305 855 596 781 075 808 115 (200) 731 (1000) 103533
418 527 101 164 215 709 697 (200) 060 (200) 700 686 104030 (200)
928 019 089 633 405 511 657 (200) 601 717 006

105810 (300) 310 (200) 025 189 586 856 287 813 574 666 149
106187 981 574 (200) 200 (200) 864 827 192 207 886 794 013 505
002 (200) 107194 504 781 602 209 488 367 483 751 518 143 108033
114 919 734 339 181 633 279 (200) 332 109 109506 197 546 960
816 152 240 890 985 624 980 293 127 (200) 110390 889 372 470
124 921 (200) 387 990 525 216 111942 408 434 839 690 901 362 325
457 780 380 508 315 112713 915 028 085 492 753 077 113706
419 860 049 778 150 591 753 318 471 (200) 579 114221 305 562
290 (200) 715 (200) 894 355 764 732 863 804 727 111 556 (200) 182
570 493 304 079 538 215 298 115715 262 427 144 243 135 996
(1000) 327 (1000) 923 003 808 498 924 (300) 116886 297 067 170
171 004 510 231 610 122 437 683 036 (200) 650 176 117299 971
645 353 735 747 218 252 354 (200) 361 1184547 546 039 229 838
018 272 (200) 411 981 619 455 119636 335 (200) 539 (200) 567 (200)
258 665 687 (1000) 654 459 997

120716 361 749 475 279 338 008 879 520 005 237 855 362 121908
067 574 085 068 122 000 123000 192 432 523 083 943 706 230 596
318 632 964 409 786 (2000) 582 122307 (200) 282 462 962 074 566
407 166 649 124726 519 (200) 109 454 777 432 076 202 969 587 659
124 125616 456 339 748 (1000) 664 429 847 148 160 (200) 126419
697 304 227 887 928 127585 524 977 073 495 867 954 639 997 348
567 572 128858 516 (200) 559 924 957 204 028 (300) 323 956 355
(200) 647 348 788 055 798 656 953 892 800 129292 661 272 446 383
520 584 314 117 879 442 267 634 810 185 (200) 481 065 130864 417
555 (200) 711 748 452 (200) 145 588 728 604 416 127 714 007 435 869
131152 041 173 750 989 642 (200) 672 132822 874 (200) 014 966
(300) 736 858 045 242 150 323 790 194 620 (1000) 133443 526 072 962
(200) 257 736 766 313 134000 (200) 790 319 486 004 161 304 134179
225 (200) 550 886 551 527 963 (500) 308 149 391

135117 257 974 188 150 (200) 151 929 613 958 717 939 137 (5000)
327 066 293 340 159 083 136572 (300) 842 138 534 844 154 (200)
628 190 911 818 291 203 (300) 574 811 307 977 027 765 (200) 002
137491 835 548 529 106 293 809 038 (200) 818 564 138352 (200)
904 558 389 120 360 533 504 458 139634 748 107 730 479 249 255
585 701 093 (3000) 526 140020 757 857 890 (200) 057 911 981
148688 612 888 (200) 319 432 499 799 309 1422748 724 850 631 233
383 (200) 985 504 (200) 181 458 899 587 671 819 125 321 143474
639 886 166 730 (300) 616 (1000) 700 246 (200) 869 299 694 (200)
909 545 071 130 718 144446 628 672 598 843 057 985 858 554 314
142 974 (200) 354 728 800 787 417 789 561 631 410 844 145333
059 820 (200) 357 556 139 553 172 (200) 270 116 390 989 109 251
(200) 034 146943 (200) 243 111 255 867 (200) 334 250 (5000) 197
389 343 990 209 292 4735 334 851 535 078 994 990 412 111 571 690
878 587 314 435 550